

Dokumentation 2016





Impressum

Herausgeber: STADT FORUM POTSDAM
 Dipl. Ing. Albrecht Gülzow
 Dipl. Phil. Saskia Hüneke
 Dipl. Ing. Philipp Jamme
 Dipl. Ing. Hajo Kölling
 Dipl. Ing. Dieter Lehmann
 Dr. Volker Pohl
 Prof. Dipl. Ing. Bernd Steigerwald
 Prof. Dr. Hermann Voegen
 Dipl. Ing. Christian Wendland

Bearbeitung Dr. Ing. Günter Schlusche

Gestaltung Erich Wrede, Grafik Design BDG, Potsdam

Druck Druckerei Rüss, Potsdam

Weitere Informationen zum STADT FORUM POTSDAM sowie die Dokumentationen der zurückliegenden Jahre sind im Internet unter www.potsdam.de/stadtforum zugänglich.

Potsdam, im März 2017

Abbildungsnachweise und -erläuterungen:

- Umschlagfoto: Blick vom Turm der Heilig-Geist-Residenz nach Westen auf die Potsdamer Innenstadt (Foto Hagen Immel, März 2017)
- S. 7: Kati Schiemann/Landeshauptstadt Potsdam
 S. 9: Tabelle Saskia Hüneke
 S. 15: Stadtverwaltung Potsdam/PWG
 S. 16 oben: Stadtverwaltung Potsdam
 S. 16 unten: Stadtplanungsamt Heidelberg, Annette Friedrich
 S. 17 Mitte: Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, Torsten Naubert
 S. 19 und S. 22 oben und Mitte: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG)
 S. 22 unten links: Präsentation Kai Kappel/Sabine Kunst, Foto Barbara Herrenkind, HU Berlin
 S. 22 unten rechts: Präsentation Kai Kappel/Sabine Kunst, Kerstin Wittmann-Englert, TU Berlin/ Sarah Klein, Kunstsammlungen und Museen Augsburg
 S. 23 oben: SPSG
 S. 23 unten: Fotos Hans –Christian Schink/Büro Peter Kulka, Köln
 S. 24 oben: Präsentation Kai Kappel/Sabine Kunst, Humboldt-Universität Berlin, Foto Barbara Herrenkind
 S. 24 unten und S. 25: Landesdenkmalamt Berlin – Archiv
 S. 26 oben und unten: Foto Dr. Peter Michael Bauers
 S. 26 Mitte: Montage Mitteschön Potsdam/Regine Rüss/ Dr. Joachim Kuke
 S. 27: Christian Wendland, Potsdam

Fotos auf den S. 2, 6, 8, 9, 11, 13, 28, 29, 30, 31, 32 und 33 unten: Barbara Plate

Fotos auf den S. 4, 16, 17 und 33 oben::Robert Schnabel

Die Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM im Jahr 2016 und die Realisierung dieser Dokumentation wurden durch finanzielle Zuwendungen sowie durch Sachleistungen der Stadtverwaltung Potsdam gefördert. Der Stadtverordnetenversammlung, der Stadtverwaltung und dem Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Herrn Jann Jakobs, gilt unser herzlichster Dank.

Dokumentation STADT FORUM POTSDAM 2016

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Einführung	Oberbürgermeister Jann Jakobs	3
	Übersicht der Sitzungen	3
	Albrecht Gülzow	4
Dokumentation	55. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 21.4.2016	
	Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung - Konflikte und Chancen	5
	Leitgedanken der Kerngruppe	5
	Beitrag Saskia Hüneke	8
	Beitrag Roland Roth	10
	Empfehlungen der Kerngruppe	13
Dokumentation	56. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 7.7.2016	
	Wachsende Stadt – Begrenzte Flächen – Bedrohte Qualitäten	14
	Leitgedanken der Kerngruppe	14
	Empfehlungen der Kerngruppe	17
Dokumentation	57. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 3.11.2016	
	Aufstellung und Rückführung der Attikafiguren auf dem Neubau des Stadtschlusses?	18
	Leitgedanken der Kerngruppe	18
	Beitrag Christian Wendland	26
	Empfehlungen der Kerngruppe	28
Anhang	STADT FORUM POTSDAM – Ziele und Merkmale	32
	Arbeitsvereinbarung des STADT FORUMS POTSDAM	34
	Pressespiegel	34



OB Jann Jakobs (rechts) mit Mitgliedern der Kerngruppe bei der Vorstellung der Dokumentation 2015 am 14.4.2016

Vorwort des Oberbürgermeisters



Das STADT FORUM POTSDAM hat mit seinen Veranstaltungen im Jahr 2016 ein Themenspektrum aufgegriffen, mit dem die Wechselwirkung der dynamische Entwicklung der Stadt mit dem bürgerschaftlichen Engagement und den erhaltenswerten bzw. wieder zu gewinnenden Qualitäten unserer Landeshauptstadt ihre Widerspiegelung fand.

Dazu hat das STADT FORUM POTSDAM mit der 55. bis 57. Sitzung zu den Themen „Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung“, „Wachsende Stadt – Begrenzte Flächen – Bedrohte Qualitäten“ und „Aufstellung der Attika-Figuren auf dem Landtagsneubau in Potsdam“ gut strukturierte und qualifiziert besetzte Foren angeboten, die dem großen Bedarf an Information und gesellschaftlichem Diskurs Rechnung trugen.

Folgerichtig widmete sich die erste Sitzung auch unmittelbar der Bürgerbeteiligung. Über den hier gewählten Kontext der Stadtentwicklung hinaus ist die Diskussion auch für andere Themen der stadtgesellschaftlichen Reflektion von hoher Bedeutung und übertragbar. Dafür gibt es in Potsdam eine breite Palette von Formaten und Prozessen. Insbesondere die Erörterung der gegenseitigen Abhängigkeit von Bürgerbeteiligung und repräsentativer Demokratie zeigte, dass gerade in einer dynamischen Stadtgesellschaft das Hinterfragen von Entscheidungen letztlich von Strukturen und Kontinuität bestimmt sein muss, um die Handlungsfähigkeit einer Kommune zu sichern. Nicht zuletzt gehört auch das STADT FORUM POTSDAM selbst zu den erprobten und anerkannten Formaten der Potsdamer Diskussionskultur.

Bereits im Titel der Sitzung zum Thema „Wachsende Stadt – Begrenzte Flächen – Bedrohte Qualitäten“ widerspiegelt sich die Komplexität der Herausforderungen, die auch weiterhin in unsere Stadt zu bewältigen sind. Flächenkonkurrenzen werden in den nächsten Jahren zunehmen und bedürfen eines vorausschauenden Managements. Sowohl der Beitrag aus Heidelberg als auch das Potsdamer Beispiel haben gezeigt, dass ein offensives Umgehen mit ambivalenten Zielen einer hohen Kunst der Moderation, des Denkens in Planungsalternativen und der Suche nach Kompromissen bedarf. Nur wenn wir in Potsdam eine größere soziale und funktionale Nähe akzeptieren, werden wir die Qualitäten von Welterbestätten und Erholungsräumen erhalten können.

Die dritte Sitzung des Jahres zur „Aufstellung der Stadtschlossfiguren auf dem Landtagsneubau in Potsdam“

widmete sich einem Thema, dass in der Vorbereitung und Durchführung eine besondere Herausforderung darstellte und mit sehr unterschiedlichen Erwartungen verbunden war. Der Kerngruppe war es mit der Besetzung des Podiums gelungen, eine große Zahl von Experten zusammen zu führen, ahnend dass die Spannweite der Positionen kaum zu einem Konsens zu führen sein würde. In den Beiträgen der Podiumsteilnehmer wie auch in der zum Teil recht emotional geführten Diskussion war es auch für mich eine wesentliche Erkenntnis, dass die Lösung nicht erstrangig in der Analyse der Eigentums- und Zuständigkeitsfragen, sondern auch im weiteren Diskurs zu den bemerkenswert unterschiedlichen denkmalfachlichen Fragen liegt.

Im Landtagsschloss sind schon heute hunderte von Spolien des zerstörten Stadtschlusses verbaut. Wir Potsdamerinnen und Potsdamer argumentieren, dass auch die Stadtschlossfiguren, die heute in Berlin auf der Humboldt-Universität stehen, dazu gehören. Die Vertreter aus Berlin dagegen sagen, die Figuren gehören zu dem von der SED zur Repräsentation der „Hauptstadt der DDR“ neu zusammengefügt „Forum Fridericianum“, dass den Wiederaufbauwillen des ostdeutschen Staates in dieser Zeit deutlich macht und damit eigenen Denkmalwert besitzt.

Zum Glück sind die acht Figuren in Berlin nur der kleinste Teil von alten Figuren und Figurfragmenten, die in den Depots der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten liegen und auf ihre Restaurierung warten. Die Wiederaufstellung von Attikafiguren auf dem Landtagsschloss wird also dank Spenden auch in Zukunft weitergehen.

Abschließend möchte ich mich für das anhaltende ehrenamtliche Engagement der Kerngruppe des STADT FORUM POTSDAM recht herzlich bedanken. Um diese Plattform für die öffentliche Diskussion auch künftig nutzen zu können, sichere ich dem STADT FORUM POTSDAM sowohl meine persönliche als auch die Unterstützung der Verwaltung zu.

Jann Jakobs

Übersicht der Sitzungen

- 1998
 - 1. Stadtmitte und Verkehr
 - 2. Funktion und Gestalt der Mitte – Bedeutung für die Gesamtstadt
 - 3. BUGA 2001 – Chance für Potsdam
- 1999
 - 4. Die „Mitte“ Potsdams – Beispiel Projekt – Alte Stadtgärtnerei
 - 5. Insel Potsdam – Stadtlandschaft am Wasser und Ausbau der Wasserstraßen
 - 6. Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung in Potsdam
- 2000
 - 7. Gewerbeflächen und Arbeitsplätze in Potsdam
 - 8. Kulturstadt Potsdam
 - 9. Gestalterische Ansprüche und Bedeutungswerte für die zukünftige Mitte Potsdams
- 2001
 - 10. Stadtteilzentren und Zentrenkonzepte für die Neubaugebiete
 - 11. Preußenjahr 2001 – Wiederaufbau der Garnisonkirche?
 - 12. Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdams bis 2015
- 2002
 - 13. Öffentlicher Raum – Öffentliche Plätze
 - 14. Potsdamer Norden – Potsdamer Süden
 - 15. Kulturstadt Potsdam - Kulturhauptstadt Europas?
- 2003
 - 16. Zwischenbilanz der Konversion
 - 17. Gestaltungsansprüche für Architektur in Potsdam
 - 18. Potsdam - Alt und Neu - Nord und Süd
- 2004
 - 19. Potsdam – Stadt der Gärten und Parks
 - 20. Potsdam von außen
 - 21. Älter werden in Potsdam
- 2005
 - 22. Zukunft der Potsdamer Mitte
 - 23. Zukünftige Schwerpunkte und Struktur der Potsdamer Kulturpolitik
 - 24. Potsdam und der Tourismus
- 2006
 - 25. Potsdams Funktionen als Landeshauptstadt
 - 26. Städtebau und Architektur der Moderne in Potsdam
 - 27. Mitte für die Stadt – Der Landtagsneubau
- 2007
 - 28. Sport in Potsdam
 - 29. Die Zukunft des Potsdam-Museums
 - 30. Politische Gewalt des 20. Jahrhunderts - Orte der Erinnerung in Potsdam
- 2008
 - 31. Vom Telegraphenberg zur Speicherstadt
 - 32. Der Alte Markt und sein Umfeld
 - 33. Potsdam als Erinnerungsort
- 2009
 - 34. Klimaschutz für Potsdam - Das Beispiel Barnstedter Feld
 - 35. Architektonische Vielfalt und Nutzungsmischung in Potsdams Mitte
 - 36. Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen als Standortfaktoren
- 2010
 - 37. Leitbauten- und Nutzungskonzeption für die Potsdamer Mitte
 - 38. Verkehr in Potsdam
 - 39. Klimaschutzkonzept für Potsdam
- 2011
 - 40. DDR-Architektur in Potsdam
 - 41. Stadtlandschaft Ufer – Potsdams Uferzonen
 - 42. Neubebauung am Alten Markt – Ergebnisse der Vergabeverfahren zum Havelufer
- 2012
 - 43. Stadtentwicklungskonzept Verkehr
 - 44. Neues Wohnen für Potsdam
 - 45. Innovative Beteiligungsformen in der Stadtentwicklung
- 2013
 - 46. Entwicklung der Kaserne Krampnitz
 - 47. Wohnen heißt Bleiben
 - 48. Tickets und Events in Potsdam
- 2014
 - 49. Potsdams Schulbildungslandschaft
 - 50. Soziokulturelle Zentren im Umbruch
 - 51. Stadtentwicklung im Weltkulturerbe
- 2015
 - 52. Kreativwirtschaft in Potsdam
 - 53. Integration von Flüchtlingen
 - 54. Leitbautenkonzept – Evaluation und Fortschreibung
- 2016
 - 55. Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung
 - 56. Wachsende Stadt – Begrenzte Flächen
 - 57. Rückführung der Stadtschlossfiguren?
- 2017
 - 58. Klimaschutz in Potsdam
 - 59. Der Standort Golm
 - 60. Religiöse Glaubensgemeinschaften in Potsdam

Weitere Themen:
Zukunft der Wohngebiete im Südosten
Entwicklung des Tourismus
Gewerbe in Potsdam

Einführung der Kerngruppe

In Zeiten, in denen der Ton rauer wird und man nach einfachen Lösungen ruft, bleibt es für eine Stadtgesellschaft besonders wichtig, im Gespräch zu bleiben, den Austausch der Meinungen zuzulassen und allen nötigen Beschlüssen die mögliche Transparenz zu geben. Dafür ist das STADT FORUM POTSDAM gegründet worden. Ende der 1990er-Jahre war die politische Kraft bürgerschaftlichen Engagements noch sehr präsent, hatte doch erst die Einmischung der Potsdamer Initiativen neue Leitbilder für die Entwicklung der Stadt gesetzt. Die Wende in Potsdam hatte sich wie vielerorts an der Ignoranz der Macht im Umgang mit der arg gebeutelten, aber erhaltungswürdigen Stadtstruktur entzündet. Die großflächigen Abrisse in der Innenstadt oder die Verwahrlosung des Pfingstberges fanden ohne wirkliche Bürgerbeteiligung statt. Sie waren Teil einer von oben gelenkten Gesellschaftsstruktur, die keine Antworten mehr für die wirklichen Probleme geben konnte. Das bürgerschaftliche Engagement war eine entscheidende Triebfeder für die tiefgreifenden Veränderungen, die die Stadt bis heute erlebt. Das STADT FORUM POTSDAM wollte sich in einer neuen diskursiven Qualität einmischen, mitmachen und den Prozess der neuen Veränderungen begleiten. Eines ist nach den 57 Sitzungen ganz klar geworden. Die einfachen Lösungen gibt es auch bei der Stadtentwicklung nicht. Wann begann die Wiederherstellung des Alten Marktes? Mit dem Abriss des Theaterbaus 1991 oder schon mit dem Beginn der Wiederherstellung der Kuppel der Nikolaikirche 1946? Wie viele Beschlüsse liegen dazwischen, wie viele Träume und nicht erlaubte Diskussionen mehrerer Generationen?

So war es also an der Zeit, in der 55. Sitzung über „Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung“ zu reden. Sicher ist die Bürgerbeteiligung heute für die einzelnen Prozesse rechtlich geregelt. Aber damit allein stellt sich bei den Menschen noch kein Vertrauen ein. Neue Sichtweisen, Entwicklungen und Wertvorstellungen können in dynamischen Stadtgesellschaften wie in Potsdam zur Hinterfragung von politischen Entscheidungen führen. Durch andere Bevölkerungsgruppen und Problemstellungen werden die zeitbezogenen politischen Entscheidungen neu thematisiert. Gleichzeitig ist die Kontinuität der Prozesse eine wesentliche Grundlage der Demokratie und der Handlungsfähigkeit der Gemeinde. Die Sitzung gab nicht nur einen Überblick über die neuen Beteiligungsformate in der Stadt Potsdam, die weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, sondern stellte fest, dass Bürgerbeteiligung und repräsentative Demokratie in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen und einander bedürfen. Es war eine versöhnliche Botschaft der Sitzung, dass gut vorbereitete Beteiligungsprozesse Entscheidungen der gewählten Gremien inhaltlich bereichern und zu einer höheren Akzeptanz der trotzdem notwendigen Mehrheitsentscheidungen führen können.

Die zweite, nicht minder spannende Sitzung des Jahres beschäftigte sich mit dem Thema „Wachsende Stadt – Begrenzte Flächen – Bedrohte Qualitäten“. Hier war wieder der schon oft geübte „Blick von außen“ sehr hilfreich. Potsdam steht mit dem Problem des Wachstums in Deutschland nicht ganz allein. So lieferte das gut präsentierte

Beispiel einer vergleichbaren Stadt wie Heidelberg Anregungen zur Qualifizierung von Freiräumen und neuartig gemischten Stadtvierteln, dort „Wissensquartiere“ genannt. Die Vermeidung von Flächenkonkurrenzen zu Gunsten der gemischten Stadt, die ohne Monostrukturen auskommt und damit weniger Verkehr erzeugt, sollte eine Lösung sein. Es wurde positiv vermerkt, dass entgegen der Ausweisung von Einfamilienhausgebieten im Potsdamer Umland in der Stadt selbst vorwiegend der flächensparende Geschobwohnungsbau realisiert werden kann. Es konnte auch durch die Verwaltung überzeugend dargestellt werden, dass die Stadt die Herausforderungen einer wachsenden Gesellschaft annehmen kann. Mit der realistischen Planung von ca. 16.000 Wohnungen in den nächsten 20 bis 30 Jahren wird das erforderliche Potential nachgewiesen. Solange dabei der Schutz der charakteristischen Grün- und Freiflächen Vorrang hat, kann nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der neuen Wohnquartiere gesichert werden. Dennoch unvermeidbare Nutzungskonkurrenzen sollten möglichst mit der Kunst des Kompromisses ausgehandelt werden, wie es in dem überzeugend präsentierten Beispiel des Projektes „Wohnen in den Obstgärten“ in Babelsberg realisiert wird. Die Sitzung hat gezeigt, dass bei Einhaltung dieser Bedingungen Potsdams Wachstum beherrschbar ist. Das STADT FORUM POTSDAM wird sich das nächste gemischte Wohnquartier mit seinen Freiräumen ansehen.

Die 57. Sitzung führte das STADT FORUM POTSDAM in ein zuerst als Insiderthema verkanntes Gebiet. Es ging um die „Rückführung der Stadtschloss-Figuren auf das Gebäude des Landtagsneubaus“. Von diesen stehen acht Figuren auf dem Hauptgebäude der Humboldt-Universität in Berlin. Schnell wurde deutlich, dass dabei zwei Sichtweisen nebeneinander stehen, die so nicht miteinander ins Gespräch kommen können. Wieder gibt es keine einfache Lösung. Die Berliner Vorstellungen halten die Figuren für einen unverzichtbaren Bestandteil einer bemerkenswerten Phase der Neubestimmung der DDR-Stadtplanung auf die städtebauliche Rekonstruktion und frühe Preußenrezeption in dem Vorzeigebereich des Forums Fridericianum, damals als

„Lindenforum“ bezeichnet. Aus Berliner Perspektive sind die Figuren Gegenstand des städtebaulichen Denkmals und unabhängig von einem Leihvertrag nicht wieder aus dem dortigen Zusammenhang heraus zu lösen. Dagegen steht die Potsdamer Sichtweise, die die Rückführung der originalen Figuren als Höhepunkt des mit erheblichem bürgerschaftlichem Engagement wieder hergestellten Alten Marktes versteht. Die Aufstellung der Figuren ist dabei die logische Konsequenz zu den vielen in den Landtagsneubau bereits eingefügten Spolien.

Obwohl in der Sitzung die beiden Sichtweisen nebeneinander stehen bleiben mussten, wurde schnell deutlich, dass denkmalpflegerische Entscheidungen immer in gesellschaftliche Situationen eingebettet sind. Das betrifft nicht nur die Gegenwart. Offensichtlich ist noch einiges unerforscht an den damals wirklich Ausschlag gebenden Entscheidungen. Es wurde empfohlen, dazu die historischen Forschungen zu vertiefen bevor die erste Skulptur aus konservatorischen Gründen deponiert werden muss. Spätestens dann müssen auf beiden Gebäuden Kopien vorgesehen werden. Die Potsdamer Stadtgesellschaft wäre erfreut, wenn dieser Vorgang nicht einfach ausgesessen würde und sich durch Nichtstun erledigte, sondern im Interesse der Bürgerschaft erforscht und eventuell zu neuer Entscheidung gebracht wird.

So hat das STADT FORUM POTSDAM 2016 wieder die Ebene für wichtige Diskussionen geboten. Durch die Vorbereitung der ehrenamtlich arbeitenden Kerngruppe wurden die notwendigen Impulsreferate organisiert, die Verwaltung unterstützte aus fachlicher Sicht und die Stadtverordnetenversammlung sicherte den finanziellen Rahmen. Dafür sind wir dankbar und sehen es auch als eine Bestätigung unserer Bemühungen. Wir danken auch allen Referenten, die sich die Zeit nehmen und sich auf die Reise nach Potsdam machen. Vor allem aber danken wir allen Teilnehmern, die sich einbringen in die unterschiedlichen Diskussionen und diese weitertragen in die Stadt.

Albrecht Gülzow



Halo Kölling und Albrecht Gülzow (beide Kerngruppe STADT FORUM POTSDAM) im Gespräch

55. Sitzung am 21.4.2016

„Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – Konflikte und Chancen“



Leitgedanken der Kerngruppe

Stadtentwicklung ist in der demokratischen Gesellschaft nicht mehr ohne bürgerschaftliche Teilhabe und individuelles Engagement denkbar. Das zeigt die Betrachtung sämtlicher Entwicklungsprozesse im städtischen Raum seit langer Zeit. Die Formen und Verfahren dieses Engagements, also der Bürgerbeteiligung oder Partizipation, haben sich in den letzten 50 Jahren ständig gewandelt und neu ausgerichtet. Die Wende von 1989 hat deutlich gezeigt, welche politische Kraft dieses Engagement gewinnen kann: Die Initiativen von Potsdamer Bürger/inn/en für den Erhalt ihrer innerstädtischen Bauten und gegen die Zerstörung der natürlichen Ressourcen der städtischen Entwicklung waren ein maßgeblicher Faktor, der in Potsdam zum Fall der SED-Diktatur und zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Entwicklung entscheidend beigetragen hat. Sie haben das Stadtbild, den sozialen Wert und den Charakter Potsdams, insbesondere seiner Innenstadt maßgeblich und unübersehbar verändert.

Das Engagement zahlreicher damals gegründeter und oft bis heute bestehender Vereine, Initiativen und Personen (ARGUS Potsdam e.V., Pfingstberg e.V., Verein Potsdamer Stadtschloss e.V., Initiative Mitteschön, Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals, Förderverein zur Pflege niederländischer Kultur in Potsdam e.V. usw.) war auch eine entscheidende Triebfeder für die behutsame Erneuerung der 2. Barocken Stadterweiterung und für die Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte, die zu zahlreichen politischen Entscheidungen wie Sanierungssatzungen und 2010 zum Leitbautenkonzept einschließlich der teilweisen Rekonstruktion von einzelnen Gebäuden im Bereich um den Alten Markt führten. Vor kurzem hat sich mit der Initiative Potsdamer Mitte neu denken zudem eine weitere Initiative gegründet, die sich für den zumindest teilweisen Erhalt der vorhandenen Architektur aus DDR-Zeiten einsetzt und die vollständige Rückkehr zum historischen Stadtgrundriss aus geschichtspolitischen und finanziellen Gründen ablehnt.

Zu den frühesten Konfliktthemen nach 1990 gehörten Proteste gegen einige die Potsdamer Kulturlandschaft schädigende Bauvorhaben wie 1993 am Glienicker Horn und ab 1996 das Potsdam-Center am Bahnhof, gegen das eine Aktionsgemeinschaft gegründet wurde. Auch Hausbesetzungen und die Entstehung von Kulturinitiativen gehörten zum wachsenden Bürgerengagement der 90er Jahre.

Individuelles Engagement und direkte, freiwillige Beteiligung von Bürgern ist heute eine zentrale Grundlage

der demokratischen Verfasstheit des Gemeinwesens und betrifft immer mehr Lebensbereiche z.B. die Gestaltung der Energiewende und die Verkehrspolitik. Das gilt in besonderer Weise für die Kommune, wo individuelles Engagement und politische Verantwortung am unmittelbarsten aufeinander treffen. In der heute gültigen Kommunalverfassung und im kommunalen Planungssystem ist die Bürgerbeteiligung eine feste Größe – die Verfahren, Vorgaben und Stufen der Beteiligung sind bundesrechtlich vorgegeben und haben sich ständig ausdifferenziert. In den letzten Jahrzehnten sind in allen Landes- bzw. Kommunalverfassungen, so auch in Potsdam, Instrumente der direkten Demokratie (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) eingeführt worden, die das System der repräsentativen Demokratie wesentlich ergänzen.

Damit wird deutlich, dass die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung immer wichtiger für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune wird (s. Netzwerk Bürgerbeteiligung, Empfehlungen für eine verlässliche und wirksame kommunale Beteiligungspolitik, Juni 2015). Aus der Erkenntnis, dass Bürgerbeteiligung einen festen Rahmen, Ressourcen und eine gewisse Struktur erfordert, hat Potsdam vor drei Jahren schon Konsequenzen gezogen und eine WerkStadt für Beteiligung eingerichtet, die „allen Einwohner/inn/en Potsdams einen leichten Zugang zu verschiedenen Formen der aktiven Beteiligung ermöglichen will“ (homepage der Stadtverwaltung Potsdam, s.u.)

Bei der Bürgerbeteiligung ist zwischen der **formellen d.h. gesetzlich geregelten** und der **informellen d.h. frei gestaltbaren Bürgerbeteiligung** zu unterscheiden. **Die formelle Bürgerbeteiligung ist in der kommunalen Bauleitplanung** am differenziertesten geregelt. Bei der vorgezogenen Bürgerbeteiligung soll die Öffentlichkeit frühzeitig über die allgemeinen Planungsziele informiert werden und sich dazu grundsätzlich äußern. Bei der verbindlichen Bauleitplanung muss die konkrete Planung in allen Details dargelegt werden, die Stellungnahme der Bürger/inn/en müssen präzise darauf eingehen und zudem formalen Vorgaben entsprechen, um berücksichtigt zu werden. Die Planungsverwaltung wiederum muss dabei alle Einwände zur Kenntnis nehmen und in nachvollziehbarer Weise zueinander in Beziehung setzen („Abwägungsgebot“). Die formelle Bürgerbeteiligung ist im Normalfall vorhabenbezogen, d.h. sie kommt dann zur Anwendung, wenn für ein konkretes Bauvorhaben juristisch valides Planungsrecht geschaffen werden muss. In Potsdam ist die Praxis der formellen Bürgerbeteiligung v.a. im

Aufstellungs- und Beschlussverfahren für Bebauungspläne in der Regel mustergültig und verläuft meist problemlos. Darüber hinaus spielt die Bürgerbeteiligung in den neun in Potsdam festgelegten Sanierungsgebieten eine besondere Rolle.

Die informelle Bürgerbeteiligung beruht nicht auf gesetzlichen Vorgaben, sondern entsteht aus der Mitte der Gesellschaft oft auch ohne konkrete Intervention oder Vorhaben und hat höchst unterschiedliche Handlungsbereiche oder Politikfelder im Fokus (z.B. lokale Agenda 21- Arbeitsgruppen zur internationalen Klimapolitik). Auf der kommunalen Ebene entsteht informelle Bürgerbeteiligung oft in einem bestimmten Quartier oder als Reaktion auf ein von Bürger/inn/en als Missstand empfundenen Problem.

Beispiele für bemerkenswerte Beteiligungsverfahren und außerordentliches bürgerschaftliches Engagement in Potsdam:

1. Ein aufschlussreiches Beispiel für kommunale Bürgerbeteiligung in Potsdam ist der **Neubau eines neuen Sport- und Freizeitbades**, der die Kommunalpolitik schon seit vielen Jahren beschäftigt. Im Jahr 2010 hatte die StVV nach langen Debatten entschieden, dieses Bad nicht nach dem Entwurf des brasilianischen Architekten Niemeyer am Brauhausberg, sondern auf einem Standort im Potsdamer Norden (Volkspark Bornstedter Feld) zu bauen und dafür ein Kostenvolumen von 18 Mio € vorgesehen. Bei der weiteren Planung ergaben sich jedoch Schwierigkeiten mit der Einhaltung dieses Kostenrahmens, außerdem formierte sich Widerstand gegen diesen Standort und eine Initiative für den Erhalt des bestehenden Bads im Süden der Stadtmitte, nämlich auf dem Brauhausberg. Die Stadtverwaltung entschied sich für eine erneute Untersuchung der verschiedenen Varianten und für eine Bürgerbefragung, die sorgfältig und qualifiziert vorbereitet wurde. Nachdem die Option eines Erhalts des bestehenden Bads im Vorfeld untersucht und verworfen wurde, ergab die Bürgerbefragung im Mai 2012 eine deutliche Mehrheit für einen Neubau des Stadtbades am Brauhausberg und damit für die Variante, die nach Auffassung der Stadtverwaltung höhere Kosten und spätere Fertigstellung des Stadtbades bedeutet. Mittlerweile ist das Schwimmbad am Brauhausberg in Bau und soll 2017 fertiggestellt werden.

2 Ein anderes Potsdamer Beispiel mit Merkmalen der formellen wie auch der informellen Beteiligung ist die **Bürgerbeteiligung für die „Gartenstadt Drewitz“**, die 2009 aus einem von PRO POTSDAM initiierten Wettbewerbsbeitrag zur energetischen und umweltgerechten Umgestaltung des Neubaugebiets Potsdam-Drewitz entstand. Nachdem die SVV bereits einstimmig das Projekt bestätigt hatte, gab es massive Kritik der Quartiersbewohner. Dies führte zu einem mehrstufigen Werkstattverfahren unter Beteiligung des bereits existierenden Stadtteilrats Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld, der Bildung einer Bürgervertretung Drewitz und dem Beschluss der Stadtverordneten über ein komplexes Beteiligungskonzept. Die durch Wahlen legitimierte Bürgervertretung setzt sich seit Mai 2011 für die Neugestaltung des Stadtteils ein und beteiligt sich seitdem aktiv an der Umsetzung und Weiterentwicklung des Masterplans für diesen Stadtteil.

3. Ein weiteres Beteiligungsverfahren hat sich in drei Quartieren unter dem Titel **„Zukunft der Wohnsiedlungen Behlert-Gutenberg-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Großbeeren-/Grünstraße“** entwickelt. Da diese lange durch Restitutionsansprüche von ehemaligen Alteigentümer/innen belastet waren, fanden über einen großen Zeitraum hinweg keine Instandsetzungs- oder Modernisierungsarbeiten statt. Hierdurch verfielen die Gebäude zwar zusehends, aber das Mietpreinsniveau blieb dadurch vergleichsweise gering. Nach der Eigentumsübernahme durch die ProPotsdam stellte sich die dringende Frage, wie die günstigen Mieten erhalten bleiben und zugleich die nötigen Modernisierungen durchgeführt werden können. Insbesondere im Hinblick auf das Behlert-Gutenberg-Karree führte das Beteiligungsverfahren im breiten politischen Konsens dazu, dass im direkten Austausch zwischen Mieter/innen und ProPotsdam ein abgestimmtes, aufwandsreduziertes Modernisierungskonzept im Sinne eines Pilotversuches mit gedeckelten und sozial gestaffelten Mieten beschlossen wurde. Die entsprechenden Arbeiten sind gegenwärtig bereits in der Durchführung und das Beteiligungsverfahren dauert darüber hinaus auch in den anderen Siedlungen noch an. Gerade vor dem Hintergrund der brisanten Fragen nach Wohnraumknappheit, Mietpreissteigerungen und damit verbundenen Verdrängungseffekten



Debatte unter den Teilnehmern der 55. Sitzung

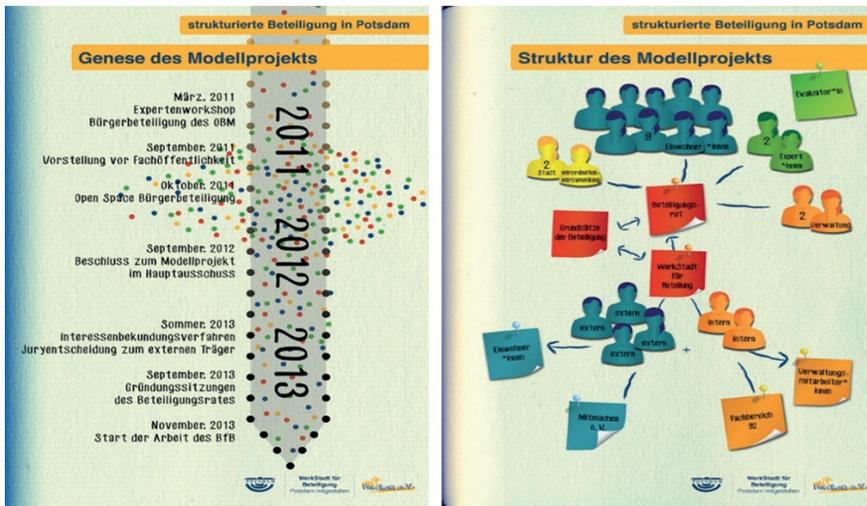
in der wachsenden Stadt Potsdam läuft hier der schwierige Versuch, mit einem Verfahren, das einerseits der komplexen Gemengelange und andererseits den disparaten Organisationsformen und Interessen der Beteiligten Rechnung trägt, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und auch umzusetzen

4. Ein besonders reiches Feld der spontanen und dann auch institutionalisierten Bürgerbeteiligungen ist die Potsdamer Mitte, in der ein starkes öffentliches Engagement und darauf aufbauende politische Beschlüsse mit dem Rückbau der Breiten Straße, dem Lustgarten, dem Landtagsneubau und der Bebauung am Havelufer erste Ergebnisse zeigen. Ein stark beachtetes, bis heute hochaktuelles Beteiligungsverfahren betrifft **den Bereich des Lustgartens und die Zukunft des dort befindlichen Hotels Mercure**, das 1969 als Interhotel Potsdam fertiggestellt wurde. Diese Debatte entstand mit den Vorbereitenden Untersuchungen für das 1999 eingeleitete Sanierungsverfahren und der Gestaltung des neuen Lustgartens zur BUGA 2001, durch die nun notwendige Konkretisierung der Sanierungsziele hat die Debatte neue Dynamik bekommen. Zur weiteren Gestaltung des gesamten Lustgartens wurde 2014/15 eine aufwendige Planungsworkstatt mit mehreren Beteiligungsplattformen (Online-Dialog, Info-Box, Auswertung von schriftlichen Stellungnahmen) durchgeführt, die mit einem Gutachterverfahren und konkurrierenden städtebaulichen Entwürfen verknüpft war. Wenngleich die darauf aufbauenden Vorschläge zur Konkretisierung der Sanierungsziele weitaus komplexer sind, konzentriert sich der öffentliche Diskurs auf die Frage, ob das private Hotel-Hochhaus zugunsten einer öffentlichen Grünfläche und einer Sichtbeziehung zwischen Landtag und Neptunbecken, bzw. Havel und Templiner See abgerissen werden soll. Obwohl die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren unterschiedlich

interpretiert wurden und sich viele Bürger gegen einen mit Steuermitteln finanzierten Hotelabriss aussprachen, hat sich die StVV kürzlich dem Votum des Gutachtergremiums zum Lustgarten angeschlossen, das unter dem Vorbehalt des Nachweises der Finanzierung perspektivisch den Abriss des Hotels einschließt. Eine Initiative hat daraufhin die Durchführung eines Bürgerbegehrens gegen den Hotelabriss beschlossen.

5. Ein weit über Potsdam hinaus reichendes Beispiel für Bürgerengagement betrifft den Wiederaufbau der 1945 teilzerstörten und 1968 gesprengten Garnisonkirche sowie den Umgang mit dem nördlich davon gelegenen, zu DDR-Zeiten teilüberbauten Stadtplatz der Plantage. Auf der Grundlage eines unmittelbar nach der Wende gefassten StVV-Beschlusses zum Wiederaufbau der Garnisonkirche haben sich nach einigen Wendungen ein Verein sowie eine kirchliche Stiftung gegründet, die den Wiederaufbau der Garnisonkirche mit großem Engagement verfolgen und erreicht haben, dass Baurecht für den Turm der Kirche geschaffen wurde. 2014 hatte jedoch ein Bürgerbegehren gegen dieses Vorhaben überraschenden Erfolg, zudem sprachen sich auch engagierte Christen dagegen aus. Um die danach entstandene Konfliktsituation aufzulösen, wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren gestartet, dessen Abschluss derzeit noch offen ist.

6. Der **Bürgerdialog zur Erarbeitung eines neuen Leitbilds** für Potsdam ist hingegen ein Beispiel für einen von der Verwaltung bzw. Stadtpolitik initiierten Beteiligungsprozess. Dieser Bürgerdialog wurde unter dem Motto „Potsdam weiterdenken“ in mehreren Stufen und mit vielen Veranstaltungen in den einzelnen Ortsteilen durchgeführt und führte zur Erarbeitung von über 100 Thesen zur zukünftigen Entwicklung der Stadt, die in mehreren Kernthemen gebündelt wurden. Nach Durchführung von zwei Werkstätten wurde ein Leitbild-Entwurf gefertigt, der nun der StVV zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.



Auszug aus der Präsentation von Nils Jonas und Kay-Uwe Käersten (WerkStadt für Beteiligung)

Zwischenbilanz: WerkStadt für Beteiligung



WerkStadt für Beteiligung
Potsdam mitgestalten



- seit dem Start wurden über 30 Einzelverfahren begleitet (davon ca. ¾ Top-Down, etwa ¼ Bottom-Up)
- Die WerkStadt ist als „Anwältin des Prozesses“ akzeptiert
- buergerbeteiligung.potsdam.de als zentrale Anlaufstelle



- zukünftig stärkerer Fokus auf Strukturvorhaben
- bessere Aktivierung über die „üblichen Kreise“ hinaus

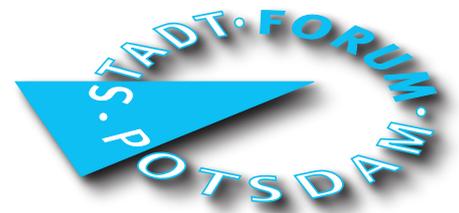
Auszug aus der Präsentation von Nils Jonas und Kay-Uwe Käersten (WerkStadt für Beteiligung)

- Die Einrichtung eines **Bürgerhaushalts in Potsdam** wurde schon vor einigen Jahren beschlossen. Dabei handelt es sich um die Umsetzung von Bürgervorschlägen und -ideen. Die von den Bürgern eingebrachten Vorschläge werden hinsichtlich ihrer Kompatibilität, ihrer Umsetzbarkeit und ihrer finanziellen Auswirkungen von einem Projektteam geprüft, bevor sie der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss und zur Realisierung vorgelegt werden. Teilweise wird das Verfahren auch zu allgemeineren politischen Statements genutzt. Dies und Haushaltsbeschränkungen führen dazu, dass nur bestimmte Vorschläge konkret umgesetzt werden können.
- In den Kontext des informellen Bürgerengagements gehört auch das **STADT FORUM POTSDAM** selbst, das sich 1998 als bürgerschaftliche Initiative bildete mit der Aufgabe, „alle wichtigen Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung zu behandeln – in wechselseitiger Verknüpfung von Fachwissen, bürgerschaftlichem Engagement und politischer bzw. administrativer Verantwortung“ (Auszug aus: STADT FORUM POTSDAM - Ziele und Merkmale).

Die große Vielfalt der praktizierten Konzepte von formeller und vor allem von informeller Bürgerbeteiligung hat in den letzten Jahren unter dem wachsenden Ein-

fluss der Informationstechnologien und der sozialen Medien einen weiteren Veränderungsschub erfahren. Diese neuen Technologien bekommen v.a. deswegen eine große Bedeutung, weil damit junge Menschen besonders angesprochen und aktiviert werden können und weil dadurch komplexe Sachverhalte möglicherweise einfacher kommuniziert werden können. Hierfür ist jedoch „eine viel jugendgerechtere Ansprache nötig“, bei der „das Internet und die neuen sozialen Netzwerke als Kommunikationsmittel eine entscheidende Rolle“ spielen sollten (s. Befragung des Stadtjugendrings Potsdam 2012). Gegen eine solche Präferenz der neuen sozialen Medien gibt es jedoch auch Einwände u.a. wegen der Spontaneität, der Anonymität und wegen des z.T. unreflektierten Kampagnencharakters. Daneben erschwert die Vielzahl unterschiedlicher Verfahren die Orientierung für Bürger, Politik und Verwaltungen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und angesichts immer wiederholter Forderungen aus der Bürgerschaft nach neuen Anstößen in der Bürgerbeteiligung hat die StVV Potsdam sich 2012 für eine eigene Initiative entschieden. Nach einer Bestandsanalyse und mehreren Workshops und Konferenzen wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die mithilfe zahlreicher Bürger/innen Überlegungen für eine modellhafte Beteiligungsorganisation erarbeitete. 2013 wurde eine „WerkStadt für Betei-



gung“ eingerichtet, die aus einem gleichberechtigten Team aus Mitarbeiter/innen der Verwaltung und Mitarbeiter/innen eines zivilgesellschaftlichen Trägers (mitMachen e.V.) besetzt ist und als eine Schnittstelle zwischen Verwaltung und Einwohner/innen fungiert. Sie hat zum einen die Aufgabe, die Beteiligungskultur innerhalb der Verwaltung zu stärken, zum anderen werden die vielfältigen Initiativen und Strukturen der Zivilgesellschaft beraten und unterstützt. Zudem werden Beteiligungsprozesse sowohl von „unten wie von oben“ begleitet und unterstützt, wobei die sogenannten Grundsätze der Beteiligung als angestrebte Qualitätsstandards für Prozesse dienen. Dabei eignet sich die WerkStadt keinesfalls die jeweiligen Inhalte der Akteur/innen an sondern fungiert als Anwältin der Prozesse an sich. Es sollen zudem langfristige Strukturen erprobt und etabliert werden, die Beteiligung zur Selbstverständlichkeit werden lassen, an der alle ohne große Hürden teilnehmen können und die spürbare Auswirkungen auf die Gestaltung der Stadt haben.

Nach drei Jahren steht nun die Evaluierung dieses in Deutschland einzigartigen und anspruchsvollen Modellprojektes an, die durch das Deutsche Institut für Urbanistik durchgeführt wird und deren Ergebnisse in Kürze veröffentlicht werden. Zentrale Erkenntnisse und Herausforderungen werden im STADT FORUM POTSDAM aber bereits vorgestellt und diskutiert.

Für die Diskussion des Themas im STADT FORUM POTSDAM können auch die folgenden Fragen bzw. Thesen hilfreich sein:

- Bürgerbeteiligung ist mit immer komplexer werdenden Planungen konfrontiert, deren Anlässe und Ziele weit über den kommunalen Kontext hinausweisen. Der kommunale Rahmen erweist sich dafür oft als zu eng gesteckt. Ist die notwendige „strukturelle Aufwertung der Bürgerbeteiligung innerhalb des bestehenden Systems der repräsentativ ausgestalteten Demokratie“ (Prof. Roland Roth) mit verbesserten Verfahren und Instrumenten zu leisten?
- Wie kann bei Beteiligungsprozessen das Paradox vermieden werden, dass Bürger sich im Frühstadium von Konflikten und Entwicklungsproblemen mit recht viel Einflussmöglichkeiten eher wenig beteiligen, während die Bürgerbeteiligung in späteren Phasen dieser Konflikte, wo es meist nur noch geringe Einflussmöglichkeiten gibt, oft deutlich höher ist?

3. Informelle Planungsprozesse sind oft dadurch geprägt, dass nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von – allerdings sehr kompetenten und überwiegend „netzauffinen“ – Bürgern sich in immer dynamischer werdenden Abstimmungszyklen daran beteiligen, während ein breiter Anteil von Bürger/inn/en sich wenig einmischend und eher auf die „klassischen“ Beteiligungsverfahren der repräsentativen Demokratie vertraut (bei tendenziell sinkender Wahlbeteiligung!). Dies könnte langfristig zu einer Schiefelage oder sogar zu einer Spaltung im Beteiligungsprozess führen. „Wer die Beschleunigung des Politikprozesses will, muss die Idee einer politischen Gleichheit der Bürger aufgeben.“ (Prof. Herfried Münkler)
4. Dass auch in Potsdam seit einigen Jahren praktizierte Modell des Bürgerhaushalts, stößt dort an seine Grenzen, wo die kommunale Realität durch wirtschaftliche Probleme, Schrumpfung und radikale Sparzwänge geprägt ist. Wie kann vermieden werden, dass das Instrument des Bürgerhaushalts in diesen Fällen zu bloßer „Beratung beim Sparen“ (Dr. Carsten Herzberg) verkommt?
5. Bei bestimmten Planungen, die durch den Grad ihrer Formalisierung schwerer durchschaubar sind, ist verstärkt die sog. NIMBY-Haltung („Not in my backyard“ – „Nicht vor meiner Haustür“) vorzufinden, bei der besser gestellte und juristisch versierte Bürger es gut verstehen, negative Auswirkungen einer Planung für ihren Einflussbereich abzuwehren, während die „normalen“ Bürger, die womöglich von einer solchen Planung profitieren, sich wenig artikulieren. Damit wird die soziale Ausgewogenheit von Planungszielen tendenziell gefährdet.
6. Potsdam weist mehrere Verfahren auf, bei denen politische Beschlüsse den Zielen engagierter Bürgergruppen folgen, diese dann durch andere engagierte Gruppen kritisiert werden. Daraus ergibt sich die Frage nach dem Bestand von Ergebnissen und der Position von Mehrheitsverhältnissen im Rahmen der repräsentativen Demokratie.

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Das Podium der 55. Sitzung mit (v. r. n. l.) Prof. Roland Roth, Nils Jonas, Kay-Uwe Kärsten (beide WerkStadt für Beteiligung, Potsdam), Moderatorin Brigitte Faber-Schmidt, Saskia Hüneke (STADT FORUM POTSDAM) und Dr. Günter Schlusche (Geschäftsstelle)

Saskia Hüneke

Potsdamer Erfahrungen im bürgerschaftlichen Engagement

Potsdam weist seit der friedlichen Revolution und der ersten freien Kommunalwahl 1990 ein vielfältiges bürgerschaftliches Engagement auf. Die Stadtverordnetenversammlung (SVV) und die Verwaltungen intendieren die Themen selbst oder reagieren auf Anregungen von außen. Insgesamt entstehen viele Beteiligungsformen, gesetzlich vorgeschriebene sowie neu strukturierte Befragungen und Beteiligungen. Letztere werden besonders dann gefordert bzw. intensiv genutzt, wenn es Konfliktslagen gibt. So entsteht ein intensiver öffentlicher Diskurs: zwischen verschiedenen Gruppen, zwischen den Fraktionen der STVV, zwischen STVV und Stadtverwaltung. Es gibt intensive Wechselwirkungen zwischen innen und außen, bezogen auf die StVV und zwischen

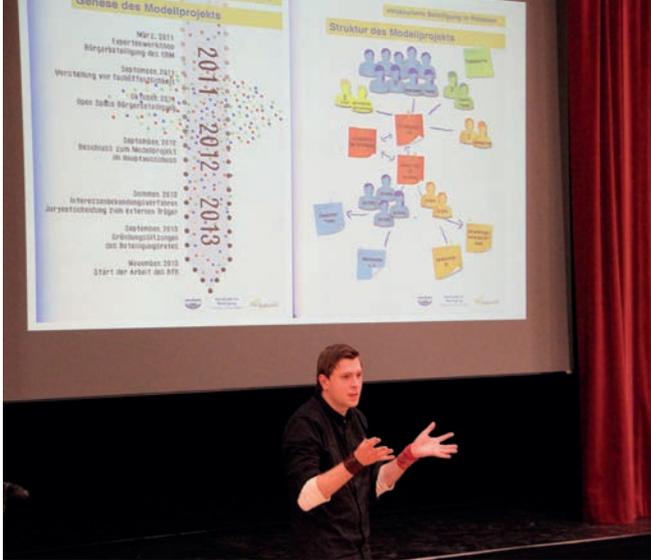
den Ebenen der Beteiligung. Voraussetzung für eine faire Beteiligung und einen fairen Diskurs sind Information und sachliche Argumentation. Hier hat das STADT FORUM POTSDAM seit 1998 seine Aufgabe gesehen, das viele der mehr oder weniger kontrovers diskutierten Themen aufgreift und dokumentiert.

Insgesamt spiegelt sich in der Entwicklung seit 1990 das komplexe Verhältnis von Legislative und Exekutive sowie von repräsentativer und direkter Demokratie auf kommunaler Ebene äußerst lebendig wider. Neueste Errungenschaft ist das Büro für Bürgerbeteiligung, das zu Möglichkeiten der Beteiligung beraten soll.

Engagement bewirkt etwas in Potsdam! Aber so wichtig und wirksam die Beiträge von engagierten bzw. betroffenen Menschen sind: Nicht

jeder Protest kann Erfolg haben, denn das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen bildet eine wesentliche Grundlage der Demokratie und für eine handlungsfähige Kommune. Auch tragen die Stadtverordneten und die Verwaltung Verantwortung für das ganze Stadtgefüge, in das sich Einzelinteressen einfügen müssen.

Konflikte entstehen neu, wenn die in demokratisch gewonnenen Mehrheiten erreichten Ergebnisse von der Verwaltung nicht oder nur teilweise umgesetzt werden oder wenn Projekte in fortgeschrittenem Stadium wieder neu in Frage gestellt werden. Ein gutes Beispiel dafür und für die Komplexität der Wechselwirkungen der Ebenen ist der Diskurs zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte.



Kay-Uwe Kärsen berichtet über das Modellprojekt zur Bürgerbeteiligung



Hans Joachim Scharfenberg (StVV-Fraktion Die Linke) in der Diskussion zum Thema Bürgerbeteiligung



Andre Tomczak (BI Potsdamer Mitte neu denken) in der Diskussion

Potsdamer Mitte	1989	1990	1993	1998	2003	2008	2010	ab 2014 bis Ende 2015
Wahlen		bunt	rot – rot	bunt	offen	bunt		bunt
Innerparlamentarisch		Behutsame Wieder-Annäherung Potsdamer Mitte		Sanierungssatzung		Intern. Planerwerkstatt. Entwicklung Havelufer	Leitbautenkonzept Baugenehmigung Turm GK	Baumaßnahmen Havelufer Bestätigung Bürgerbegehren gegen Garnisonkirche Änderung der Sanierungsziele für den Lustgarten
Bürgergremien, zusätzliche Beteiligungen		Internat. Planerwerkstatt. Garnisonkirche (GK) bzw. Glockenspiel		Lustgarten BUGA Landtagsneubau Empf. Beirat Potsdamer Mitte	Beirat Potsdamer Mitte STADT FORUM POTSDAM (seit 1998 11 Termine zur Mitte)	BI pro Staudenhof Begrenzung 2022		Planungswerkstatt Plantage Garnisonkirche Bürgerdialog Planungswerkstatt Lustgarten
Gesetzlich vorgegebene Beteiligungen				Sanierungssatzung B-Plan Landtagsschloss B-Plan-Havelufer				B-Plan Neuer Markt/Plantage/Langer Stall
Außerparlamentarisch	ARGUS gegen Theaterneubau	Vereine	Fortunaportal	Mitteschön: Gegen Verfälschung Landtagsschloss Pro Leitbauten und Moderne im hist. Maßstab Pro Bauform Langer Stall Förderverein pro Garnisonkirche, Stiftung Bündnis für Wiederg. Mitte (Landtagsschloss, Stadtkanal, Lustgarten, etc.) ARGUS: Forsa-Umfrage zum Landtagsneubau BIs gegen Wiedergewinnung der Mitte gegen Zwangsdienste/Militär u.a.				FHP-Tagung Mythos Architektur Alte Post BI Potsdamer Mitte Neu Denken Fachtagung Mitte neu denken Bürgerbegehren gegen Garnisonkirche Christen und Christinnen gegen GK Zustimmung Synode der EKBBsO zum Turm der Garnisonkirche als Ort der Versöhnung Bürgerbegehren gegen öffentliche. Gelder für Ankauf Mercure und gegen Verkauf der FHP- und Staudenhof-Grundstücke

55. Sitzung STADT FORUM POTSDAM, 21.4.2016

Neue Formen des Bürgerengagements in der Zivilgesellschaft

Roland Roth

Die lokale Demokratie hat im Nachkriegs-Deutschland bereits mehrere Phasen erlebt. Aktuell erleben wir eine neue Beteiligungswelle, die zu Beginn des Jahrzehnts mit massiven Bürgerprotesten einsetzte (Stuttgart 21, Flughafen-Gegner in Berlin und anderswo, Proteste gegen die Privatisierung kommunaler Infrastruktureinrichtungen etc.). Ein gemeinsamer Antrieb von Bürgerinitiativen und „Wutbürgern“ sind jenseits der konkreten Anlässe gestiegene Beteiligungsansprüche, die sich heute - im Unterschied zu früheren Beteiligungswellen - auf demoskopische Mehrheiten in der Bevölkerung berufen können. Exemplarisch sei auf eine repräsentative Forsa-Umfrage vom April 2015 verwiesen, nach der sich lediglich 24 % der Befragten mit ihren kommunalen Einflussmöglichkeiten zufrieden zeigen, während 58 % mehr Beteiligung einfordern. In Großstädten über 100.000 Einwohner ist der Abstand noch größer. Hier sind nur 19 % zufrieden, während zwei Drittel der Befragten mehr Einflussmöglichkeiten wünschen (Forsa 2015: 5).

Der Ausbau kommunaler Beteiligungsangebote erscheint heute vielen kommunal Verantwortlichen als intelligente Antwort auf unterschiedlichste Herausforderungen.

Nachdem es um die Modellkommunen der letzten Phase ruhig geworden ist, erleben wir aktuell eine Wiederbelebung des Leitbilds „Bürgerkommune“ (vgl. Roß/Roth 2015). Neu ins Spiel gebracht werden Transparenz (open government) und die Kooperation in Netzwerken („Kollaboration“), um kommunale Aufgaben angemessen lösen zu können. All dies erfordert die Öffnung der Kommunen hin zu einer zivilgesellschaftlichen Verwaltungskultur (vgl. König et al. 2014), die es gelernt hat, kooperativ und auf gleicher Augenhöhe mit einer aktiven Bürgerschaft umzugehen und sich Zivilität bzw. civiness als Handlungsmaxime zu eigen macht.

Ein weiteres Merkmal der gegenwärtigen Beteiligungswelle ist die digitale Unterstützung von Beteiligungsverfahren (open government, Internetplattformen, digitale Netzwerke, e-democracy etc.). Die intelligente Verknüpfung von on- und off-line Verfahren gehört heute zu den weitgehend selbstverständlichen Erwartungen (Winkel 2011). Einen großen Dämpfer haben jedoch sehr viel weitergehende internetbasierte Demokratisierungserwartungen erfahren. Mit dem NSA-Skandal sind die dunklen Seiten der Internetkommunikation überdeutlich geworden, und das

Schicksal der Piratenpartei hat daran erinnert, dass Vertrauen und Kooperation als zentrale Grundlagen gemeinsamen Handelns nicht allein durch „liquid democracy“ gestiftet werden können.

Das vermutlich hervorstechendste Kennzeichen der aktuellen Phase ist das Bemühen, zu einer stärkeren Institutionalisierung von Beteiligungsansprüchen und -garantien zu kommen (so auch Klages 2014). Ziel ist eine neue kommunale Partizipationskultur, in der alle Beteiligten, nicht zuletzt auch die Bürgerinnen und Bürger erwarten können, dass wichtige Entscheidungen nur mit Bürgerbeteiligung gefällt werden. Es geht um einen Weg aus einer weit verbreiteten Misstrauenskultur zwischen (Teilen der) Bürgerschaft einerseits, Politik und Verwaltung andererseits, der durch eine verlässliche und wirksame Beteiligungspraxis eröffnet werden soll. Dazu dienen vor allem kommunale Beteiligungsstatuten, Partizipationsbeauftragte in der Verwaltung und verbesserte rechtliche Regelungen. Eng mit dieser Entwicklung verknüpft, ist auch das verstärkte Streben nach Professionalisierung und Qualitätssicherung in Beteiligungsprozessen. (Evaluierung der Werkstatt für Beteiligung in Potsdam).

Neu ist auch die verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen. Von der Immobilienwirtschaft bis zur Energiebranche scheint es heute selbstverständlich zu sein, dass ohne frühzeitige Bürgerbeteiligung keine neuen großen Infrastrukturprojekte durchsetzbar sind. Begleitet wird diese Entwicklung auch von wichtigen Berufsverbänden. Verbessert haben sich auch die Rahmenbedingungen einer beteiligungsorientierten Kommunalpolitik. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik haben zwei Bundesländer (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) programmatisch mit einer partizipativen Landespolitik begonnen. Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hat der Bürgerschaft eine „Politik des Gehörtwerdens“ versprochen und durch zahlreiche Maßnahmen und Beteiligungsinitiativen versucht, diesem Ziel näher zu kommen. Dazu gehören u.a. eine verbindliche Richtlinie zur frühzeitigen und verlässlichen Bürgerbeteiligung bei allen Infrastrukturvorhaben des Landes, die auch den Kommunen als Vorbild dienen soll. Der Landtag Rheinland-Pfalz hatte diesem Thema eine mehrjährige und ertragreiche Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ gewidmet. Gemeinsamer Nenner ist eine beteiligungsorientierte Neubegründung der Landespolitik.

Dazu gehören neue Informationsrechte und Transparenzregeln ebenso wie eine partizipative und inklusive Kommunikations- und Entscheidungspraxis in politischen Prozessen sowie ein verändertes Selbstverständnis von politischer Repräsentation. Innovative Ansätze lassen sich auch in einzelnen Politikfeldern der Länder feststellen, die damit für die lokale Ebene Anreize schaffen oder Partizipation obligatorisch machen.

Schließlich ist die aktuelle Beteiligungswelle stärker als zuvor von einer internationalen Konjunktur neuer Beteiligungsformate gekennzeichnet. Ein weltweiter demokratischer Experimentalismus hat zu einer beachtlichen Repertoireerweiterung der partizipativen Verfahren beigetragen. Die große Mehrzahl der – je nach Zählung – zwischen 80 und 180 Beteiligungsformate (s. Smith 2005; www.participedia.net; www.ncdd.org) wird auf lokaler Ebene eingesetzt und kommt aus den Ländern des globalen Südens, aus Schwellenländern wie Brasilien oder aus der südlichen europäischen Peripherie. Insgesamt lässt sich für die gegenwärtige Phase kommunaler Bürgerbeteiligung festhalten, dass auch dieses Mal Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und Proteste demokratische Partizipationsansprüche befeuern.

Auf dem Weg zu einer „vielfältigen Demokratie“

Verstärkt durch die Proteste gegen „Stuttgart 21“ und ähnlichen Mobilisierungen an vielen Orten – in Berlin etwa im Zusammenhang mit dem BER – erleben wir seit einigen Jahren eine Entwicklung hin zu einer „vielfältigen Demokratie“. Diese Tendenz, die auch als Leitidee taugt, legt nahe, Demokratie heute in fünf Elementen zu buchstabieren:

1. Formen der repräsentativen Demokratie und ihre Institutionen (Wahlen, Parlamente etc.). Sie erfahren noch immer hohe Wertschätzung in der Bevölkerung und produzieren weit mehr als 90 Prozent aller Entscheidungen. Aber sie können heute keinen Alleinvertretungsanspruch mehr geltend machen, wie die nachlassende Wahlbeteiligung oder die sinkende Akzeptanz der dort gefällten Entscheidungen verdeutlichen. Auch die Legitimationskraft der Repräsentanten in Gemeinderäten und Parlamenten hat deutlich gelitten. So werden z.B. zentrale Infrastrukturerkenntnisse heute oft nur noch akzeptiert, wenn zusätzliche For-

men der Bürgerbeteiligung angeboten werden. Zur repräsentativen Demokratie gehört – zumindest in der deutschen Spielart – ein differenziertes und gut institutionalisiertes System intermediärer Interessenvermittlung, das aus politischen Parteien, Verbänden und Gewerkschaften besteht. Sie stellen nicht nur, wie die Parteien, das Gros des politischen Personals, sondern erheben auch den Anspruch, zwischen Staat und Bürgerschaft in beide Richtungen zu vermitteln. Es wird deutlich, dass die Zeiten vorbei sind, in denen diese etablierten Intermediären unangefochten das Geschäft der Interessenvermittlung für sich reklamieren konnten. Sichtbares Zeichen ist die seit Jahrzehnten schrumpfende Parteimitgliedschaft. Aber auch viele Verbände und Gewerkschaften haben Schwierigkeiten, Mitglieder anzuziehen und deren Interessen zur Geltung zu bringen. Sie scheinen heute in der Summe - trotz vorhandener Gegentendenzen - exklusiver, d.h. sie vernachlässigen vielfach schwache Interessen, sind stärker „top down“ als „bottom up“ orientiert. Sie scheinen ihre anwaltschaftliche Funktion zu vernachlässigen, die aktiven Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitgliedschaft an den Rand zu drängen, ihre Milieubindung und Verankerung im Alltag der Bürgerschaft einzubüßen.

Im übrigen ist es allenfalls formal gelungen, die westdeutschen Strukturen intermediärer Interessenvermittlung auf Ostdeutschland zu erstrecken. Ganze Landesverbände der großen politischen Parteien erreichen dort (mit Ausnahme der Partei Die Linke) gerade einmal die Mitgliedszahlen westdeutscher Großstädte.

Mit neuen Themen sind auch neue Verbände entstanden, die sich einen Platz in der politischen Willensbildung sichern konnten. Erinnert sei nur an den Natur- und Umweltbereich und dessen Beteiligungsrechte und Planungsverfahren bis hin zum Verbandsklagerecht. Es wäre deshalb verkehrt, die Offenheit und Inklusionskraft des „alten“ Systems der intermediären Interessenvermittlung zu unterschätzen.

2. Formen direkter Demokratie. Während die repräsentative Demokratie für die Wählerschaft nur die Möglichkeit einer diffusen Unterstützung von Personen und Parteien vorsieht,

geht es in bei direktdemokratischen Verfahren vor allem um Sachvoten. Verbindliche Entscheidungen sind das Ziel von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden, aber auch bei jenen Versionen des Bürgerhaushalts, wo die Bürgerschaft direkt über Budgets bzw. von Teilen davon bestimmen kann.

Oft entstehen auf dem Wege zum Volkstscheid (durchaus kontroverse Positionen vertretende) Netzwerke mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren, Versammlungen und Aktionsformen. Sie sind ein wachsendes Betätigungsfeld für neue Intermediäre, die nicht in die repräsentativen Strukturen eingebunden sind. Der Berliner Wassertisch, der sich zunächst für eine Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe eingesetzt hat, aber inzwischen auch international als Themenanwalt zum Thema Wasser auftritt, ist ein Beispiel für ein solches offenes Forum (www.berliner-wassertisch.info). Dass ein eingetragener Verein wie Mehr Demokratie e.V. bundesweit wesentliche Infrastrukturleistungen für direkt-demokratische Verfahren erbringt, ist sicherlich kein Zufall.

Allerdings sind die Zahlen weit weniger eindrucksvoll, als die öffentlichen Debatten vermu-

ten lassen: Der letzte Statusbericht des Portals www.buergerhaushalt.org vom Juni 2015 verzeichnet gerade einmal 71 Bürgerhaushalts-Verfahren. Im Jahr davor waren es noch 87. Der letzte Bericht zum Thema Kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vom Oktober 2014 verzeichnet für die Zeit von 1956 bis Ende 2013 die stolze Zahl von 6.447 Verfahren, die überwiegend von den Bewohnern initiiert wurden (5.354). 3.177 Begehren führten zu einem Bürgerentscheid. Die auf den ersten Blick groß erscheinende Zahl der Bürgerbegehren relativiert sich jedoch erheblich, wenn die Gemeindezahlen und die unterschiedliche Verteilung auf die einzelnen Bundesländern in den Blick genommen wird. Rund 40 % aller Verfahren fanden in Bayern statt. Im Ländervergleich liegen die Stadtstaaten an der Spitze. Immerhin lässt sich eine positive Entwicklung beobachten: Mehr als die Hälfte aller Verfahren fand zwischen 2003 und 2013 statt. Allein 2013 wurden 365 Verfahren eingeleitet.

3. Dialogorientierte, deliberative Beteiligungsformen, die von der öffentlichen Hand, in kommunalen Einrichtungen, gelegentlich auch von privaten Vorhabenträgern „von oben“ angeboten werden und in eingeschränkter



Prof. Roland Roth bei seinem Beitrag am 21.4.16

Form auch – etwa in der Bauleitplanung – rechtlich fixiert sind. Es geht um Anregungen, neue Ideen und Prioritäten in der Entscheidungsvorbereitung. Sie reichen von geschlossenen Kleingruppen, die durch Zufallsauswahl möglichst repräsentativ gebildet werden (z.B. Planungszellen) bis zu Bürgerforen, an denen sich bundesweit mehrere Tausend Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Sie können thematisch fokussiert sein (z.B. die gesellschaftliche Gestaltung von Zukunftstechnologien), aber auch umfassende stadtpolitische Leitbilder aufgreifen (z.B. „Hannover 2030“). Dabei ist die Verknüpfung von online- und offline-Verfahren heute Standard. Besonders im Bereich der Infrastrukturpolitik gilt heute weithin der Grundsatz, dass Großprojekte ohne eine frühe und möglichst ergebnisoffene Bürgerbeteiligung nicht mehr durchsetzbar sind. Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg 2014 eine Verwaltungsvorschrift für die Planung von Infrastrukturvorhaben des Landes in Form eines „Leitfadens für eine neue Planungskultur“ verabschiedet. (zum Stand s. www.netzwerk-buergerbeteiligung.de).

Quantitative Aussagen zur Entwicklung dieses Demokratieelements sind schwierig. Zur Mehrzahl dieser Beteiligungsverfahren verfügen wir über keine gesicherten empirischen Informationen, z.B. über ihre Anzahl, die Beteiligten, eingesetzte Formate und Wirkungen. Vereinzelt haben Kommunen damit begonnen, Beteiligungsprozesse zu begleiten und systematisch auszuwerten. So verweist die „Werk-Stadt für Beteiligung“ in Potsdam im ersten Jahresbericht von 2014 auf 22 kommunale Beteiligungsprozesse. Aktuell (Oktober 2015) wird auf 21 laufende Verfahren hingewiesen. Hochgerechnet auf die Einwohnerzahl Deutschlands (was sicherlich fragwürdig ist) können wir bundesweit mit rund 10.000 kommunalen Beteiligungsverfahren pro Jahr rechnen. Eine strategisch orientierte Beteiligungspolitik ist bislang eine Angelegenheit von sehr wenigen Kommunen. Im Oktober 2015 dokumentierte das Netzwerk Bürgerbeteiligung insgesamt 32 kommunale Leitlinien, Grundsätze oder Handlungsempfehlungen für eine verlässlichen Bürgerbeteiligung von deutschen Kommunen.

4. Proteste, Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen sind als der eigentliche Motor auf dem Wege zu einer vielfältigen Demokratie anzusehen. Mit ihrem Widerspruch, ihren Experimenten und Gegenentwürfen fordern sie „von unten“ mehr Beteiligung und Mitsprache ein, setzen neue Themen auf die Agenda, entwickeln Alternativen und erproben soziale Innovationen. Sie wirken als Intermediäre zwischen Politik und Bevölkerung, die vernachlässigte, ausgegrenzte oder neue Themen auf die Agenda setzen. Gerade Bürgerinitiativen stehen immer wieder unter dem Verdacht, bornierte Eigeninteressen zu bündeln. Aber Proteste verschaffen gerade in den Großstädten auch „schwachen“ Gruppen Gehör, wie z.B. in den weltweiten „Recht auf die Stadt“-Bewegungen.

Zwar fehlt es an aktuellen Daten (die letzte repräsentative Studie zu Bürgerinitiativen stammt aus den frühen 1980er Jahren), aber wir können davon ausgehen, dass Bürgerinitiativen und Protestbewegungen als Form der politischen Einflussnahme in großen Teilen der Bevölkerung hoch im Kurs stehen. In der Bewegungsforschung ist von einer „Normalisierung“ des Protests die Rede. Die Bereitschaft, sich in Bürgerinitiativen zu engagieren, ist in der Bevölkerung um ein Vielfaches höher als die zu einer Mitarbeit in politischen Parteien. Mit der Etablierung eines Protest- und Bewegungssektors haben sich auch neue Intermediäre herausgebildet. Bürgerinitiativen bringen häufig ein Führungspersonal hervor, die sich als Spezialisten für ihr Themenfeld ausweisen können und auf vielfältige Art versuchen, die öffentliche Debatte zu beeinflussen. Diese Infrastruktur reicht von informellen Protestgruppen bis zu stärker formalisierten Akteuren, wie z.B. den bewegungsnahen Stiftungen. Die Bewegungsstiftung hat sich z.B. der Aufgabe gewidmet, „Bewegungsarbeiter“ finanziell zu unterstützen, die sich als „campaigner“ der Mobilisierungsaufgabe widmen. Sie sind ein besonders eindrucksvolles Beispiel für einen „neuen“ Typus des Intermediären, der die Aktivierung (und nicht nur die Unterstützung) des Publikums zum Ziel hat.

5. Bürgerschaftliches Engagement, das sich in vielfältigen Formen an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt und dadurch ein demokratisches Mandat wahrnimmt. „Im Kleinen etwas gestalten können“ lautet der größte gemeinsame Nenner, wenn es um die Motivation und die Ansprüche der Engagierten von heute geht. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich deshalb nicht mehr angemessen als ein vorpolitisches Element der Zivilgesellschaft beschreiben, sondern ist vielfach zu einer Variante der politisch wirksamen Bürgerbeteiligung geworden. Die Daten der Freiwilligen-Surveys mit Engagement-Quoten von rund 36 % zeigen, wie populär freiwilliges Engagement in der Bevölkerung ist, und die Bereitschaft zum Engagement liegt noch weit darüber. Seit mehr als einem Jahrzehnt hat sich in Bund, Ländern und Gemeinden eine Engagement-Politik herausgebildet, die sich der Hebung dieses Schatzes „Engagement-Bereitschaft“ widmet. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekordinationsstellen und andere Organisationen sind mit dieser Aufgabenstellung im lokalen Raum entstanden.

Schon diese Hinweise können verdeutlichen, wie mit dem Strukturwandel des Ehrenamts weite Teile des heutigen bürgerschaftlichen Engagements aus dem Schatten von Großorganisationen (Kirchen, Wohlfahrtsverbänden etc.) herausgetreten sind, eigene intermediäre Akteure hervorgebracht haben und auf einer eigenen Stimme im lokalen Geschehen bestehen. (Beispiel: Flüchtlingsinitiativen)

Fazit:

Vielfältige Demokratie ist kein „Ponyhof“, sondern mit vielfältigen Herausforderungen verbunden. Nur eine kleine Auswahl:

- Zwischen und innerhalb der Demokratieformen bestehen Spannungsverhältnisse.
- Mehr Beteiligung bietet die Chance, dass unterschiedliche Interessen vorgebracht werden, damit werden Entscheidungen konfliktträchtiger.
- Je anspruchsvoller die Beteiligungsformate, desto größer ihre soziale Schiefelage.

Es gibt Lösungen und wir werden sie finden. Gefordert ist eine experimentelle Grundhaltung, ein lernendes Netzwerk.

Bürgerbeteiligung und repräsentative Demokratie – ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis!



Empfehlungen der Kerngruppe zur 55. Sitzung

Der auf der Sitzung gebotene Überblick zu den verschiedenen Formen und Themen bürgerschaftlichen Engagements in Potsdam zeigt dessen große Vielfalt und nachhaltige Wirkung, die gerade in Bezug auf die Innenstadt besonders intensiv ist und dort von einer ganz besonderen Wechselwirkung in Bezug auf die politischen Initiativen und Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung (StVV) geprägt ist, z. B. bei der Durchführung der Sanierung für Bereiche der Potsdamer Altstadt und Babelsbergs oder bei der Bewahrung des Weltkulturerbe-Status. Oft wurden dabei Beteiligungsformate und -prozesse realisiert, die weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen (Beirat Potsdamer Mitte, STADT FORUM POTSDAM, Bürgerbefragungen zum Standort des Stadtbads). Die vor knapp drei Jahren in Potsdam eingerichtete „Werkstatt für Beteiligung“ mit ihrer externen und internen Einheit baut auf diesen Erfahrungen auf und wirkt dank dieser Struktur nicht nur beratend für zahlreiche Akteure bei anstehenden Konflikten, sondern fördert auch die Sensibilisierung innerhalb der Verwaltung. Gerade vor diesem Hintergrund sollte diese Einrichtung auch nach der demnächst vollzogenen Evaluation fortgeführt werden sollte.

Die Auswertung von Beteiligungsprozessen im interkommunalen Vergleich lässt darüber hinaus den Schluss zu, dass sorgfältig vorbereitete Beteiligungsverfahren häufig zu höherer Akzeptanz und sogar zu geringeren Kosten bei dem jeweiligen Projekt führen können (Prof. Roland Roth). Für derartige Ergebnisse sind jedoch ein großes Erfahrungswissen, ein verlässlicher Rahmen, Transparenz und eine beteiligungsorientierte Verwaltung unabdingbar.

Bürgerbeteiligung und repräsentative Demokratie stehen in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis – beide bedürfen einander. Entscheidungen der gewählten Gremien können durch bürgerschaftliche Beiträge und Beteiligungsprozesse inhaltlich bereichert und qualifiziert werden. Zusätzlich haben Elemente der direkten Demokratie wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide eine herausgehobene Funktion und können im positiven Fall zu einem gültigen Beschluss außerhalb der StVV führen. Wie das noch nicht abgeschlossene Beispiel zur Garnisonkirche/Plantage zeigt, intensivieren diese Instrumente den öffentlichen Diskurs und ermöglichen eigenverantwortliche Mitwirkung. Andererseits kann ein Bürgerentscheid mit seinem Ausschneidcharakter bei bestimmten Sachfragen nicht immer

der Komplexität gerecht werden. Andere Formen der Beteiligung wie beispielsweise der Bürgerhaushalt sollten weiterentwickelt werden, wobei hier die Frage der Ausgestaltung einer vertieften Betrachtung bedarf (Dr. Carsten Herzberg).

Grundsätzlich gilt gerade in dynamischen Stadtgesellschaften wie in Potsdam, daß immer wieder neue Sichtweisen, Entwicklungen und Aneignungsprozesse in den stadtesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden und zur Hinterfragung von politischen Entscheidungen führen können. Denn auch politische Entscheidungen sind zeitgebunden und können durch

andere Bevölkerungsgruppen und Problemstellungen neu thematisiert werden. Andererseits sind Klarheit der Strukturen und Kontinuität des Entscheidungsprozesses wesentliche Grundlage der Demokratie und der Handlungsfähigkeit einer Kommune. Dazu gehört die Akzeptanz von getroffenen Mehrheitsentscheidung und deren mitunter längere Zeiträume umfassende Umsetzung, auch wenn naturgemäß nicht alle Seiten mit dem Ergebnis zufrieden sein können.

Für die Kerngruppe
Saskia Hüneke



Dr. Carsten Herzberg (mitMachen e.V., Potsdam) während seines Vortrags



Peter Schüler (StVV Potsdam) diskutiert mit den Teilnehmer der 55. Sitzung zur Bürgerbeteiligung im Treffpunkt Freizeit

56. Sitzung am 7.7.2016

„Wachsende Stadt – Begrenzte Flächen – Bedrohte Qualitäten“

Leitgedanken der Kerngruppe

Nach einer Phase der Stagnation bzw. des realen Einwohnerrückgangs gegen Ende der neunziger Jahre nimmt die Einwohnerzahl Potsdams seit ca. 15 Jahren wieder zu. Die Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung (s. Quartalsbericht 1/2016 der Stadtverwaltung Potsdam) zeigen, dass dieser Zuwachs stärker ist als bisher angenommen. Ende 2015 lebten in Potsdam ca. 167.500 Einwohner und damit deutlich mehr als noch vor 3 Jahren für 2015 angenommen. Damit sind auch die bisherigen Prognosen der Einwohnerentwicklung für die nächsten 20 Jahre überholt. Während die Stadtverwaltung im Jahr 2011 für die Fortschreibung des „Stadtentwicklungskonzepts Wohnen“ (STEK Wohnen s. 44. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM zum Thema „Neues Wohnen für Potsdam“ in STADT FORUM POTSDAM Dokumentation 2012, S. 10 ff.) von 172.000 Einwohnern für 2020 und das Landesamt für Statistik für 2030 von 187.300 Einwohnern in Potsdam ausging, werden jetzt von der Stadtverwaltung bis 2030 ca. 192.000 Einwohner und bis 2035 sogar 197.000 Einwohner und somit ein Zuwachs von ca. 30.000 Einwohnern für Potsdam prognostiziert.

Die Ursachen für diesen unerwartet starken Zuwachs sind zum einen die Gewinne durch Zuwanderung aus dem Großraum Berlin und anderen Räumen (darunter auch durch die gestiegenen Flüchtlingszahlen), zum anderen natürliche Bevölkerungsgewinne aufgrund eines leicht steigenden Geburtenüberschusses. Spürbar ist dieser Einwohnerzuwachs v. a. auf dem Wohnungsmarkt, der durch einen starken Nachfragedruck v.a. im Hinblick auf preisgünstige Mietwohnungen geprägt ist

Planerisch ist dieser starke Zuwachs in vielerlei Hinsicht eine große Herausforderung. Zum einen müssen kurz und mittelfristig deutlich mehr Wohnungen gebaut bzw. Wohnbauflächen aktiviert und planerisch gesichert werden. Zum anderen muss die soziale Infrastruktur (Schulen, Kindertagesstätten, Jugend- und Senioreneinrichtungen) für diese Neueinwohner geschaffen werden. Zum dritten wächst in bestimmten Teilmärkten auch der Bedarf an Gewerbeflächen und schließlich geht es auch um die Sicherung der steigenden Anforderungen an das Freiraum- und Grünflächenangebot sowie an den Naturschutz.

Der in nahezu allen Bereichen steigende Ressourcen- und Flächenanspruch führt zu verstärkten Konkurrenzen zwischen den einzelnen Nutzungssegmenten und stellt die Steuerung bzw. Vermeidung derartiger Konkurrenzen mithilfe der klassischen Planungsinstrumente vor hohe Herausforderungen. Die

Nutzungskonkurrenzen lassen sich typologisch folgendermaßen ordnen:

Konkurrenzen zwischen Wohn- und Gewerbeflächen

Potsdam hat in den vergangenen Jahren ein breites und sehr differenziertes Angebot an Gewerbe- und Wohnbauflächen entwickelt, planerisch gesichert und z.T. auch baulich schon realisiert, die im STEK Wohnen aufgeführt sind. Die 2015 von der Stadtverwaltung erarbeitete Untersuchung zu den Wohnungsbaupotentialen Potsdams zeigt, daß diese Flächen ein Potential von ca. 16.000 Wohneinheiten umfassen, das zu 74 % im Geschosswohnungsbau liegt und rein quantitativ in der Lage ist, auch den jetzt prognostizierten Einwohnerzuwachs abzudecken. Diese Flächenpotentiale konzentrieren sich in den folgenden räumlichen Bereichen:

- Bornstedter Feld im Norden der Innenstadt, das aufgrund seiner verkehrlichen Anbindung (Straßenbahn) und seiner infrastrukturellen Ausstattung besonders prädestiniert ist und v.a. für Geschosswohnungsbau vorgesehen ist.
- Flächen in den weiter nördlich gelegenen, durch ihre landschafts- bzw. naturräumlichen Qualitäten geprägten Ortsteilen Krampnitz und Fahrland, die sowohl für Geschosswohnungsbau als auch für 1- bis 2- Familienhäuser in Frage kommen.
- Flächen in den westlich der Innenstadt gelegenen Ortsteilen Golm und Eiche, die für 1- bis 2-Familienhäuser und für studentisches Wohnen vorgesehen sind.
- Bereiche südlich und östlich des Hauptbahnhofs, die mit Flächen am Brauhausberg, an der Babelsberger Str. und am Standort des ehemaligen Tramdepots ein großes Potential v. a. im Geschosswohnungsbau aufweisen.
- Flächen in den südöstlichen Stadtteilen Babelsberg, Am Stern und Drewitz, die überwiegend für Geschosswohnungsbau vorgesehen sind.

Bei einer Reihe von bereits realisierten bzw. teilweise realisierten Wohnungsbaustandorten (z.B. Bornstedter Feld, Kirchsteigfeld) wurden gemischt genutzte Quartiere mit durchaus relevanten Gewerbe- und Dienstleistungsanteilen angestrebt. Damit sollte der Entwicklung

monofunktionaler Quartiere („Schlafstädte“) und der Zunahme des Verkehrsaufkommens entgegengewirkt werden. Aufgrund des hohen kurzfristigen Handlungsdrucks v. a. im Wohnsektor sollen die für gewerbliche Nutzung vorgesehenen, aber noch nicht in Anspruch genommenen Gewerbeflächenanteile nun umgewidmet werden. Damit wäre der Mischcharakter dieser Quartiere gefährdet und durch das steigende Verkehrsaufkommen v.a. im motorisierten Individualverkehr könnten zusätzliche Probleme entstehen.

Im Gewerbebereich sind die Angebote und Standort der Stadt im STEK Gewerbe von 2010 und im Gewerbeflächensicherungskonzept von 2012 aufgeführt. Hier konzentriert sich das Angebot auf Standorte im Südosten (Babelsberg-Medienstadt, Drewitz), auf den Westen Potsdams, wo Standorte in Golm v.a. für technologieorientiertes und forschungsnahes Gewerbe vorgesehen sind, und auf den Potsdamer Norden (Bornstedter Feld, Marquardt, Flächen am Jungferensee und am Weißen See)

Konkurrenzen zwischen Grün-/Natur- und Bauflächen

Potsdam ist durch große Grünflächen ausgezeichnet, die Potsdam umgeben, aber auch bis in die Stadtmitte reichen. Teils als Weltkulturerbe geschützt, teils als Kleingärten genutzt, teils als wichtige naturnahe Räume im stadtökologischen Gefüge haben sie für die Lebensqualität in der Stadt und für die große Ausstrahlung für Besucher aus nah und fern eine große Bedeutung. Insofern bilden sie nicht nur das ökologische, sondern auch das kulturelle und wirtschaftliche Rückgrat der Stadt. Die positive Entwicklung der Stadt erzeugt enorme Flächenbedarfe für den Wohnungsbau und die damit einhergehende soziale und Verkehrsinfrastruktur, aber auch für die Wirtschaft. Schulen, Kitas, Sportplätze und weitere Sporteinrichtungen sind dabei besonders flächenintensiv, der Wohnungsbau folgt dem Trend in die besten Lage möglichst am Wasser oder an der Grenze zum Weltkulturerbe und erhöht so den Druck auf besonders schützenswerte Areale. Aus alledem entsteht die Frage, welche Entwicklung Potsdam verkraften kann ohne seinen Charakter als grüne Stadt zu verlieren.

Im folgende werden einige Beispiele für Konkurrenzen dieses Typs aufgeführt:

An mehreren Standorten, so z.B. in Babelsberg entstehen Konflikte zwischen Kleingärten und Wohnbebauung u. a. dadurch, dass einzelne Parzellen auf Dauer bebaut werden, was nach und nach die ganze Anlage gefährden könnte.

Am Stern droht die Umwandlung einer Restwaldfläche im Stadtgebiet, die nach Waldgesetz forstwirtschaftlich geerntet werden könnte, aber nun zum Spekulationsobjekt für Immobilienentwickler zu werden droht. Andere Restwaldflächen werden für Sportflächen zur Disposition gestellt.

Die erfolgreiche Entwicklung und Ausbreitung des Forschungsstandortes auf dem Telegrafenberg hat den umgebenden Wald jetzt bis zur letzten Grenze in Anspruch genommen. Jetzt muss sich der Standort an anderer Stelle weiterentwickeln.

Am Humboldt-Ring wird eine Bebauungsplanung für eine Wohnbebauung in Ufernähe vorbereitet, bei der der Verlust öffentlichen Freiraums und die Beeinträchtigung einer Blickachse zwischen dem Babelsberger Park (Flatow-Turm) und der Flusslandschaft droht.

Konkurrenzen zwischen kurzfristigem Bedarf und langfristiger Flächensicherung

In besonderen Engpasssituationen entsteht ein sehr dringender Bedarf in Bezug auf nur temporär genutzte Wohnungs-

baufächen z.B. für mobile Unterkünfte, In einigen Fällen mussten dafür Standorte in Anspruch genommen werden, denen langfristig für den Natur- und Umweltschutz sowie für die Freizeit und die Naherholung der Potsdamer eine hohe Bedeutung zukommt. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß derartige temporäre Nutzung sich trotz gegenteiliger Bekundungen und Verträge dann doch verfestigen und derartige Flächen anschließend nicht mehr zur Verfügung stehen

Zudem muß der für Potsdam erwartete Einwohnerzuwachs auch im größeren räumlichen Kontext des Berlin- Brandenburgischen Verflechtungsbereichs gesehen werden, wo nicht nur Wachstum, sondern auch Schrumpfung und Einwohnerrückgänge vorzufinden sind. Einige Gemeinden weisen v.a. flächenintensive Ein- und Zweifamilienhausgebiete aus, andere wollen gar keine Einwohnerzuwächse. Diese Konstellation macht es im großräumigen Kontext des Verflechtungsbereichs nicht einfacher, eine funktionsgerechte Arbeitsteilung zu. Zusammen mit der übergeordneten demographischen Entwicklung (Überalterung, Rückgang der Geburtenzahlen) könnten durch diese Situation erhebliche strukturelle Probleme im Land Brandenburg entstehen.

Für die Diskussion des Themas im STADT FORUM POTSDAM können auch die folgenden Fragen bzw. Thesen hilfreich sein:

1. Was bedeutet der gegenwärtige Nutzungsdruck für den Status großer Flächenanteile Potsdams als Weltkulturerbe (incl. Pufferzonen)?
2. Mit welchen Argumenten und Instrumenten kann es gelingen, die zahlreichen Freiflächen und grünen Nischen in den innerstädtischen, gut erschlossenen Lagen zu erhalten, die aufgrund des generell richtigen Primats der Innenentwicklung z.Zt. besonders bedroht sind?
3. Welche Möglichkeiten und Instrumente hat die Regionalplanung, um den derzeitigen hohen Druck auf Potsdam durch großräumige Planung bzw. funktionsgerechte Arbeitsteilung zu mildern?

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche

Entwicklung gewünscht – Flächen gesucht

... für Wohnen



Zur Entlastung des Wohnungsmarktes ist der **Neubau von Wohnungen unverzichtbar** (Seite 12)

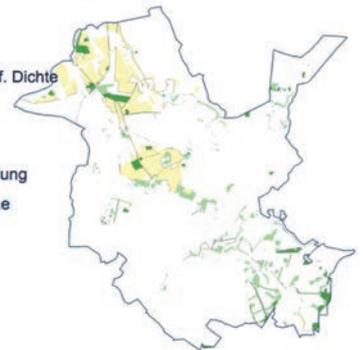


Auf den in der Analyse erfassten Flächen können **ca. 16.000 neue Wohnungen** entstehen. Für knapp 10.000 Wohnungen besteht bereits Baurecht.* (Aktualisierung Wohnungsbaupotenziale 2016)

Zwischenfazit

Begrenzte Spielräume bedeuten:

- weitgehend Entwicklung innerhalb der Bauflächen des FNP
- FNP-Bauflächen effizient nutzen; ggf. Dichte in Bebauungsplänen erhöhen
- Nur in Einzelfällen Umnutzung, wichtige Freiräume erhalten
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung
- mit erheblichem Aufwand verbundene Neuausweisungen



Lösung eines Nutzungskonfliktes

Beispiel: Französisches Quartier



- Situation Mitte der 1990er Jahre:
- Wohnquartier verschiedener Wohnungsgenossenschaften, Garagenanlage, Freiflächen
- Im Blockinneren brachliegende Gebäude und Freiflächen der Post, Technikgebäude
- Arbeitsgemeinschaft der unterschiedlichen Eigentümer
- 1997/98 Wettbewerb für den gesamten Innenbereich, Nutzungsanspruch: Wohnungsbau

Bild: Luftbild 1992, Media Nova

Lösung eines Nutzungskonfliktes

Beispiel: Französisches Quartier



- Fertigstellung des Projektes 2005
- 146 Wohnungen, zum großen Teil barrierefrei, 103 Wohnungen öffentlich gefördert
- Großer, ruhiger und grüner Innenbereich für Gesamtquartier
- 129 Kfz-Stellplätze in einer Tiefgarage, 25 im Freien
- Partnerschaft mit Pflegedienstleister im Quartier, betreutes Wohnen und Pflegedienste

Bild: 28.06.2016 <http://www.pwg105.de/kultures/74-cas-franzoesche-quartier.html>



Auszüge aus der Präsentation von Andreas Goetzmann

Acht Thesen

zum Umgang mit Nutzungskonkurrenzen

1. Wachstum annehmen und gestalten ist die Grundvoraussetzung.
2. Potsdam hat noch viele Reserven, diese müssen aber auch aktiviert werden.
3. Innenentwicklung vor Außenentwicklung ist möglich - ohne Gefahr für das Welterbe und vorhandene Parks und Freiflächen.
4. Gute „Potsdamer Lösungen“ beachten Wohnen, Gewerbe, Infrastruktur, Freiraum und die Wege dazwischen.

Acht Thesen

zum Umgang mit Nutzungskonkurrenzen

5. Bürgerinnen und Bürger werden an der Lösungssuche beteiligt – und Vor- und Nachteile gut erklärt.
6. Die gemeinsame Suche nach guten Lösungen erfordert Zeit.
7. Viele Probleme lassen sich nur durch Kompromisse lösen – dabei ist die Durchsetzung von „Maximalpositionen“ selten möglich; Vor- und Nachteile müssen dafür ohne Vorbehalte offen diskutiert werden.
8. Das gilt für Verwaltung, Politik, Bürgerschaft und Wirtschaft.

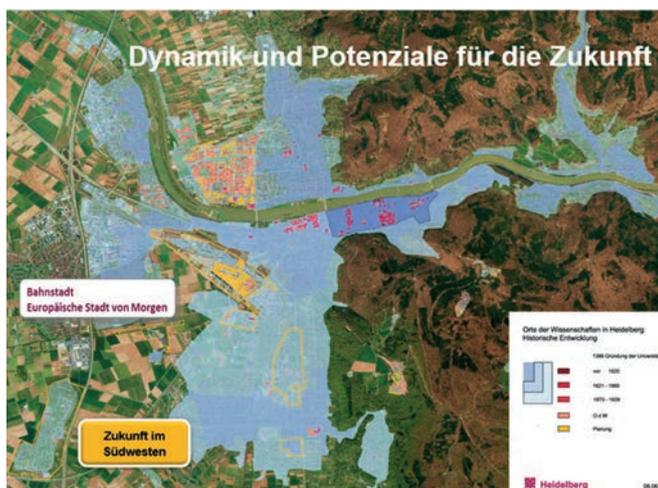
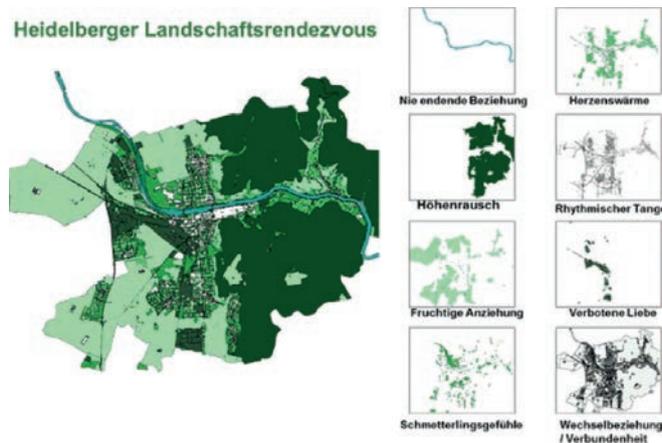
Auszug aus der Präsentation von Andreas Goetzmann (Stadtverwaltung Potsdam)



Andreas Goetzmann (Stadtverwaltung Potsdam, links) trägt zum Thema „Nutzungskonkurrenzen“ vor.



Annette Friedrich (Leiterin Stadtplanungsamt Heidelberg) berichtet zum Umgang mit Wachstumskonflikten in der Stadtplanung



Auszüge aus der Präsentation von Annette Friedrich (Stadtplanungsamt Heidelberg)

Potsdams Wachstum ist beherrschbar – unter Bedingungen!



Empfehlungen der Kerngruppe zur 56. Sitzung

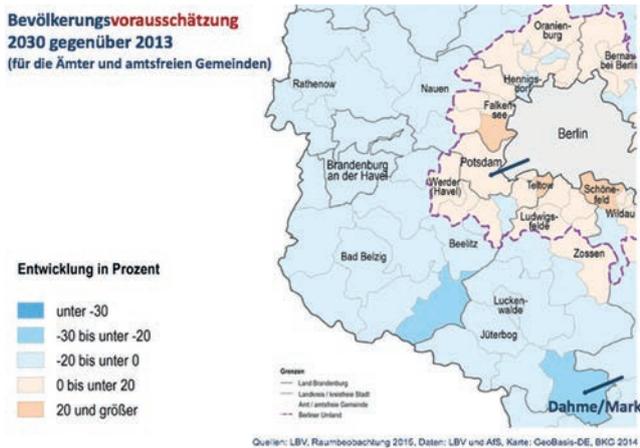
Das Wachstum Potsdams ist ein nicht nur vorübergehendes, sondern mittelfristig gültiges Faktum, das die Stadt annehmen muss – und kann. Die langfristigen Flächenplanungen der Stadt für die nächsten 20 bis 30 Jahre zeigen, dass das dafür nachgewiesene Potential von ca. 16.000 Wohnungen (das sind fast 30.000 neue Einwohner) nicht nur die quantitativen, sondern auch qualitative Ansprüche abdeckt – eine Einschätzung, die übrigens auch für den südwestlichen Teilraum der Großstadtregion Berlin gilt. Potsdam ist im regionalen Kontext der einzige Standort, der für diesen Zuwachs im größeren Umfang Geschosswohnungsbau statt des woanders favorisierten, aber Ressourcen beanspruchenden Einfamilienhausbaus vorsieht.

Für dieses Wachstum muss jedoch das Primat der Innenentwicklung vor der Außererweiterung ggf. auch mit höherer Baudichte strikt eingehalten werden sowie der Schutz der charakteristischen Grün- und Freiflächen Vorrang haben – nicht nur mit Blick auf den Weltkulturerbe-Status und die regional bedeutsamen Grünachsen (Regionalparks), sondern auch weil Grünflächen in stadt-ökologischer und sozialer Hinsicht eine immer größere Bedeutung zukommt. Gleichzeitig sollten Gewerbeflächen v.a. in innerstädtischen Mischlagen vor Umwandlung zugunsten von Wohnen geschützt werden. Das gut präsentierte Beispiel der mit Potsdam in vielerlei Hinsicht vergleichbaren Stadt Heidelberg liefert weitere Anregungen u.a. in Bezug auf eine ideenreiche Qualifizierung von Freiräumen („Landschaftsrendevous“) und auf neu-

artig gemischte Stadtquartiere („Wissensquartiere“).

Für das Management von dennoch unvermeidbaren Nutzungskonkurrenzen innerhalb der Stadt sollte das Primat einer offenen und frühzeitig aktiven Planungskultur und die Kunst des Kompromisses möglichst unter den Akteuren der Zivilgesellschaft gelten. Das Beispiel des auf der Sitzung authentisch präsentierten Kompromisses, der bezüglich des Wohnungsbauprojekts „Wohnen in den Obstgärten“ und der Kleingartenanlage Dieselstr./Nuthestr. in Babelsberg ausgehandelt wurde, könnte zum erfolgversprechenden Trend werden!

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Havelland-Fläming
Lebensqualitäten - Ergebnisse der Wohnbaupotenziale

Neubau- und Bestandsverdichtungspotenziale sind ausreichend

Gemeinde	EW	Neubau WE abs.	Neubau WE/TEW	Verdichtung WE abs.	Verdichtung WE/TEW	Summe WE abs.	Summe WE/TEW
Blankenfelde-Mahlow	25.981	1.920	74	0	0	1.920	74
Brieselang	11.167	1.705	153	1.482	133	3.187	285
Dallgow-Oberitz	9.280	280	30	100	11	380	41
Falkenberg	41.777	3.570	85	4.535	109	8.105	194
Größbeeren	8.389	370	44	400	48	770	92
Ketzin (Havel)	6.355	36	6	245	39	281	44
Kleinmachnow	20.562	305	15	1.596	78	1.901	92
Ludwigsfelde	24.408	1.979	81	697	29	2.676	110
Michendorf	12.128	855	70	458	38	1.313	108
Nauen	16.761	550	33	1.256	75	1.806	108
Nuthetal	8.756	218	25	409	47	627	72
Potsdam	164.042	13.577	83	6.915	42	20.492	125
Rangsdorf	10.824	185	17	300	28	485	45
Schönwalde-Glien	9.202	1.619	176	710	77	2.329	253
Schwielbsee	10.223	130	13	651	64	781	76
Straßdorf	14.800	441	30	389	26	830	56
Teltow	24.609	1.558	63	1.155	47	2.713	110
Wärder (Havel)	24.347	1.826	75	1.680	69	3.506	144
Wustermark	8.308	1.845	222	512	62	2.357	284
Gesamt	451.919	32.969	73	23.490	52	56.459	125

Zum Vergleich Einwohnerzuwachs Bevölkerungsvorausschätzungen für die Stadt Potsdam 2030: LOS + 20.000 Einwohner Stadt + 24.500 Einwohner

Auszüge aus der Präsentation von Torsten Naubert (Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming)



Die Teilnehmer und das Podium der Sitzung am 7.7.2016

57. Sitzung am 3.11.2016

„Aufstellung und Rückführung der Attikafiguren auf dem Neubau des Stadtschlusses?“

Leitgedanken der Kerngruppe

Die Rückgewinnung der Altstadt Potsdams und die Wiederherstellung des historischen Stadtgrundrisses in der Potsdamer Mitte gehört seit der Wende zu den zentralen Anliegen in der Potsdamer Bürgerschaft und hat in zahlreichen Beschlüssen der nach der Wende demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung in Potsdam ihren Niederschlag gefunden. Wesentlicher Baustein dieses Projekts ist die dreidimensionale Wiederherstellung des Alten Markts und der ihn konstituierenden Bebauung, deren Initial der Landtagsneubau in der Gestalt des Potsdamer Stadtschlusses bildet. Der Alte Markt zählte bis zu seiner Auslöschung durch den Krieg 1945 und durch den zu DDR-Zeiten erfolgten Flächenabbruch der DDR zu den bedeutendsten Werken der europäischen Stadtbaukunst.

Einst gingen vom Stadtschloss an der Südwestseite des Alten Markts zahlreiche Sicht- und Landschaftsachsen in viele Richtungen der nahen und weiteren Umgebung. Sie waren vom ersten brandenburgischen Belvedere über dem Mittelpunkt der Diagonalen des großen Marmorsaaus im Südfügel des Stadtschlusses zu erleben. Nur die teilweise wiederhergestellte Lindenallee in der Breiten Straße zeigt beispielhaft wieder die schöne Wirkung einer solchen Landschaftsachse. Kaum eine Stadtplatzanlage der deutschen Baugeschichte weist eine so umfangreiche bildkünstlerische Ausstattung der sie umgebenden Architektur auf wie der Alte Markt bis 1945. Über 140 Bildwerke wie Statuen, Vasen, Schlusssteinköpfe, Reliefs, Atlanten, Putten, Kartuschen und Trophäen waren allein auf und an den Fassaden der Gebäude des Alten Markts nachweislich, insbesondere auf den bereits hervorgehobenen besonderen Standorten. Viele namhaften Bildhauer, insbesondere des friderizianischen Barock und Rokoko, haben hier gewirkt. Nicht nur die Dekoration sondern auch die Maßverhältnisse der Bauten in ihren Kantenmaßen und im Verhältnis von Fassaden und Skulpturen waren auf das genaueste aufeinander abgestimmt, was wesentlich zu der besonderen Schönheit des Platzes beitrug. Sogar die neue Nikolaikirche Karl Friedrich Schinkels hat sich in Position und Kantenmaß hier eingefügt. Aus diesem Grunde spielt die Maßgenauigkeit auch heute eine große Rolle. Insbesondere der Originalschlussstein der Minerva am Fortunaportal befindet sich seit dem Wiederaufbau maßgenau an seinem alten Platz.

Das Potsdamer Stadtschloss in seiner bis 1945 überlieferten Gestalt entstand als Umbau eines im 17. Jahrhundert unter dem Großen Kurfürsten errichteten Vorgängerbaus nach Plänen von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff (1699-1753) von 1745 bis 1751 unter Hinzuziehung von Ideen Friedrichs II., das Fortunaportal

(1701-1703), das hier nicht weiter thematisiert wird, blieb bestehen. Die Attika der Knobelsdorff-Fassaden erhielt in dieser Zeit 76 Attikafiguren, die von den Bildhauern Johann Gottlieb Heymüller (1710/1715 – 1763, Nordfassaden und der westliche Seitenflügel), Leonhard Storch (gest. 1750, Südfassade und östlicher Seitenflügel) und Benjamin Giese (1705-1755?, über dem Treppenhaus) geschaffen wurden. Ihre klassisch-feingliedrigen Kunstwerke, die den Fassaden Lebendigkeit und Eleganz verliehen, wurden für ein ikonografisches Programm eingesetzt, das am östlichen Nordgiebel die Bedeutung der Künste und Wissenschaften, am westlichen Nordgiebel Dankbarkeit für Frieden und Gedeihen des Landes sowie an der Südseite die Sehnsucht nach einem glücklich-musischen Leben umfasst.

Seit der ersten Bergung 1993 durch den Verein ARGUS Potsdam e.V., weiteren Analysen und einem restauratorischen Gesamtkonzept der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) von 2007 wurde der Bestand unabhängig vom Status der einzelnen Skulpturen bestimmt und festgelegt, welche Werke als restauriertes Original, welche als Kopie und welche als Rekonstruktion nach historischen Fotoaufnahmen aufgestellt werden können. Insgesamt sind 17 vollständige Statuen erhalten, davon acht als Dauerleihgabe auf den beiden Seitenrisaliten des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität in Berlin und eine als Dauerleihgabe im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte (HBPG). Von den neun verbleibenden Werken wurden zwei im Frühjahr aufgestellt, weitere sind fertig restauriert bzw. in Arbeit. Außerdem wurden zahlreiche Fragmente und Einzelbruchstücke in den Depots der SPSG und der Unteren Denkmalschutzbehörde zugeordnet. Danach können weitere Skulpturen aus größeren Fragmenten restauriert, teils als Originale, teils als Kopien aufgestellt werden. Da der Innenhof wegen der verbreiterten Seitenflügel ohne Skulpturen bleiben soll, müssen nur 56 Standorte mit Skulpturen ausgestattet werden. Davon sind je nach Konzept 5 oder 7 durch die Leihgabe an Berlin und einer durch die Leihgabe an das HBPG betroffen, wobei zwei Skulpturen, eine Jünglingsfigur auf der Humboldt-Universität und die Minerva im HBPG, aus konservatorischen Gründen im Innenraum bewahrt und für den Außenraum kopiert werden müssen. Der Verein Potsdamer Stadtschloss finanziert den Skulpturenschmuck des Potsdamer Stadtschlusses aus Spendenmitteln. Zwischen ihm, der SPSG und dem Landtag besteht eine Vereinbarung. Priorität erhalten die im Original erhaltenen Skulpturen und Skulpturenfragmente, die Rekonstruktionen nach Fotos für die restlichen Standorte folgen später.

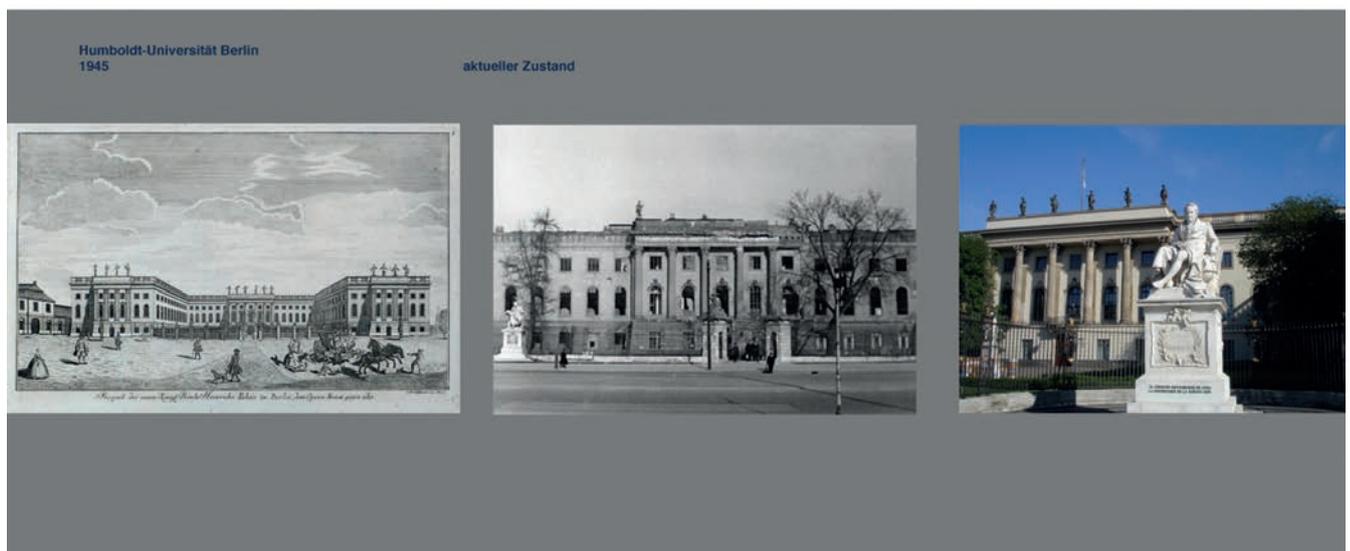
Die Stadtgesellschaft Potsdams hat die Diskussionen um die Gestaltung der Mitte in allen Phasen engagiert, konstruktiv und auch kritisch begleitet. Ohne das Engagement vieler Vereine, Initiativen und zahlreicher Einzelpersonen wäre das, was heute bereits eindrucksvoll am Alten Markt zu sehen und zu erleben ist, niemals möglich gewesen. Vor allem das Projekt des Landtagsneubaus hat intensive Debatten erlebt. In ihnen wurden die Maßgenauigkeit der Außenfassaden, die Vielfalt der Fensterlandschaft, die Risalite und den Einsatz von Originalfragmenten in die Fassaden thematisiert. Erst im Ergebnis dieser Debatten sind der Landtagsbeschluss, der Bebauungsplan und die Großspenden von Günther Jauch und Hasso Plattner zu verstehen. Das Resultat ist letztlich die herausragende Architektur Peter Kulkas: Außen ist der Landtagsbau ein Erinnerungsbau mit den sichtbar kriegsversehrten Fragmenten des verlorenen Potsdamer Stadtschlusses, die hier zu besonderen Bedeutungsträgern, zu Spolien werden. Das Innere steht in bewusst hartem Kontrast zum Außen und setzt die Anforderungen eines heutigen Landtagsgebäudes um. Die freie Adaption des Knobelsdorff-Treppenhauses verbindet beides. „Das neue Landtagsgebäude für Brandenburg bietet die einmalige Chance, die unvollständige Mitte der Stadt zu komplettieren und ein Zeichen der Zeit zu setzen. Unter der Wiederverwendung der historischen Elemente für die gesamte Außenhaut vollzieht sich im Innern der Wandel vom Stadtschloss der preussischen Könige hin zum Bürgerhaus des Brandenburgischen Landtages. Im Rahmen dieser Metamorphose der Knobelsdorffschen Fassade und des neuen Landtags wird vor allem im Inneren der Wechsel von Alt und Neu deutlich erfahrbar.“ (Homepage Peter Kulka). Das aus einem breiten gesellschaftlichen Diskurs, dem architektonischem Entwurf, großartiger Spendenleistungen und vielfältigem Engagement entstandene Gebäude ist Erbpflege und moderne Architektur zugleich und als hochrangige kulturelle und gesellschaftliche Leistung unserer Zeit zu bewerten.

Das Gebäude der Humboldt-Universität wurde 1748 bis 1753 im Auftrag Friedrichs II. durch Johann Boumann d. Ä. (1706-1776) vermutlich nach Ideen von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff als Stadtresidenz für seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, errichtet. Im 2. Weltkrieg wurde das seit 1810 durch die Humboldt-Universität genutzte Gebäude schwer beschädigt. Dabei wurden alle ursprünglichen Skulpturen der Bildhauer Johann Gottlieb Heymüller, Johann Peter Benckert (1709-1765) u.a. bis auf die des Jason, der aber verschollen ist, zerstört. Im Rahmen des Wiederaufbaus der historischen Stadtmitte Berlins (Wiederherstellung des Forums Fridericianums mit der Alten Bibliothek, der



STIFTUNG PREUSSISCHE SCHLÖSSER UND GÄRTEN BERLIN-BRANDENBURG: SPSG.

Geborgene Stadtschloss-Skulpturen als Rondell im Park Sanssouci



Ansichten des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität Berlin (historisch, 1945; aktueller Zustand)

Hedwigskirche und der Staatsoper) wurden 1966/67 acht der nur 245 cm hohen, originalen Skulpturen des Potsdamer Stadtschlusses auf den Risaliten der Seitenflügel Unter den Linden platziert. Vorherige Überlegungen für einen zeitgenössischen Skulpturenschmuck oder die Fortsetzung der am Mittelrisalit erfolgten Rekonstruktion des ursprünglich auf dem Hauptgebäude befindlichen Figureschmucks wurden teils aus konzeptionellen, teils

aus pragmatisch-finanziellen Gründen verworfen. Für die Skulpturen wurde im August 1966 ein Leihvertrag abgeschlossen, der von „Dauerleihgaben“ spricht. Daneben besteht ein grundsätzliches Kündigungsrecht eines jeden Eigentümers.

Ein Konflikt entsteht dadurch, dass verschiedene Stellen, v. a. der Landesdenkmalrat Berlin, das Landesamt für

Denkmalpflege Berlin sowie der Wissenschaftliche Beirat der SPSG die Statuen als Bestandteil des Baudenkmal Humboldt-Universität und ihre Aufstellung im Rahmen der staatlichen Sanierungsmaßnahme Forum Fridericianum als wichtiges, zu respektierendes DDR-Zeugnis betrachten, das zu bewahren ist. Andererseits kann auch das hohe bürgerschaftliche Engagement für die Rückführung der Skulpturen nach Potsdam, die Entwicklung

der politischen Entscheidungen in Potsdam sowie der Landtagsneubau als deren architektonisches Ergebnis mit seiner städtebaulichen Bedeutung im Kontext des Alten Marktes als bedeutende Zeitschicht verstanden werden, die entsprechende Würdigung erfordert. Beide Gebäude sind in ihrer heutigen Gestalt Ausdruck von „Erbeplege“: Die Berliner Humboldt-Universität im Ergebnis staatlicher Anordnung und der Fürsorgebemühungen einzelner Beteiligten der 60er Jahre, der Landtagsneubau als Ergebnis eines lebendigen demokratischen Prozesses in der Gegenwart. Die Auswahl der Skulpturen wird wegen der Gemeinsamkeit des friderizianischen Skulpturenschmuckes und des an beiden Bauwerken beteiligten Bildhauers Heymüller einerseits als gelungen, andererseits wegen der falschen Darstellungsmotive und der zu geringen Höhe im Verhältnis zum Gebäudemaß der Humboldt-Universität als unpassend empfunden.

Die folgenden konzeptionellen Lösungsansätze wären denkbar:

A: Die Humboldt-Universität behält die Skulpturen, für Potsdam werden Kopien angefertigt: Dagegen sprechen die hohe ideelle Bedeutung der Spolien am Landtagsgebäude und die intensiven bürgerschaftlichen Bemühungen in Potsdam.

B: Die Originale kehren nach Potsdam zurück, für die Universität werden Kopien angefertigt: Dadurch würde das konzeptionelle Problem der inhaltlich und proportional falschen Figuren auf der Universität offensichtlich und fortgeschrieben.

C: Die Universität initiiert einen konzeptionellen Diskurs, bei dem die beiden Haltungen nach dem 2. Weltkrieg (moderne Bildwerke analog zum Schloss Charlottenburg oder Rekonstruktion der verlorenen Skulpturen analog zu den inzwischen steinbildhauerfachlich deutlich weiterentwickelten Methoden am Berliner Schloss) erörtert werden.

Hier sollte ein offener Diskurs zugelassen werden. A und B haben Bedeutung für unsere Generation und vielleicht für die kommenden 100 Jahre. Auf lange Sicht wird an beiden Gebäuden die Anzahl der Kopien aus konservatorischen Gründen ohnehin zunehmen. In jedem Fall entstehen – für Berlin oder für Potsdam - zusätzliche Kosten in unterschiedlicher Höhe. Doch sollte dies die gemeinsame und offene Suche nach einer allseits akzeptierten konzeptionellen Lösung nicht beeinträchtigen.

Fragen für die Diskussion

A Welche Bedeutung haben die Originalfragmente als Spolien für den Landtagsneubau?

B Wie korrespondiert das Konzept von Peter Kulka mit dem Leitbautenkonzept der Landeshauptstadt?

C Wie genau ist die Unterschutzstellung der Humboldt-Universität definiert? Darf sie quasi zur Enteignung der Skulpturen führen?

D Welche Bedeutung hat der Denkmalschutz in der Abwägung bzw. welche Bedeutung haben genau diese Skulpturen für Berlin?

E Welche öffentliche Wirkung haben die Skulpturen an den jeweiligen Standorten?

F Sind beide Zeitschichten, die während der Wiederherstellung des Forum Friderizianum Unter den Linden im Berlin der 60er Jahre und die gegenwärtige Zeit, in der städtebauliche Fehlentwicklungen in Potsdam aufgehoben und verlorene Erinnerungen wiederbelebt werden, gleichwertig?

G Wie könnten unterschiedliche finanzielle Folgen der denkbaren Konzepte für beide Standorte aufgefangen werden?

Zusammenstellung:
Dr. Günter Schlusche, Saskia Hüneke,
Christian Wendland

Chronologie zum Potsdamer Stadtschloss (Gebäude und Standort) seit 1945

14.4.1945

Als Folge der Bombardierung der Innenstadt Potsdams durch britische Flugzeuge wird das Stadtschloss schwer zerstört und brennt vollständig aus

September 1946

Das Amt für Denkmalpflege der Provinz Brandenburg stuft das Stadtschloss als wiederaufbaufähig ein. Wesentliche Bauteile v.a. der Innenausstattung werden geborgen und eingelagert.

1947-49

Entrümmierungsarbeiten und Materialentnahmen, vieles gelangt in die Wälle des Sportstadions im Lustgarten 50er Jahre

Eine 1958 von der Fotografin Ingrid Steuer durchgeführte fotografische Bestandsdokumentation zeigt eine weitgehend intakte Silhouette des Stadtschlusses mit den zum großen Teil erhaltenen Attikafiguren.

13.11.1959

Beschluss der StV Potsdam zum vollständigen Abriss des Stadtschlusses, der von Dezember 1959 bis Dezember 1960 umgesetzt wird (Vermerk v.19.7.1961).

Ende 1959

Prof. Ludwig Deiters, der sich zuvor für die Wiederherstellung des Stadtschlusses eingesetzt hatte, plädiert unmittelbar nach dem Abrissbeschluss für eine detaillierte Dokumentation und eine möglichst weitgehende Bergung von Architekturteilen des Stadtschlusses.

1959 - 1961

Zahlreiche Baufragmente und Attikaskulpturen werden unter z. T. großem Zeitdruck parallel zu den laufenden Sprengarbeiten geborgen und teils in den Depots der Staatlichen Schlösser und Gärten, teils auf einem dazugehörigen Gelände westlich von Park Sanssouci eingelagert. Die vollständig erhaltenen Skulpturen werden vorübergehend auf der Avenue im Park Sanssouci aufgestellt.

August 1966

Abschluss eines Leihvertrags zwischen den Staatlichen Schlössern und Gärten Potsdam-Sanssouci und der Humboldt-Universität zu Berlin über 8 Attikafiguren des Potsdamer Stadtschlusses (5 Skulpturen von Heymüller, 3 Skulpturen von Storch)

1989-1991

Beginn des Theaterneubaus auf dem Standort des Stadtschlusses, der nach der Wende gestoppt wird Der Rohbau wird 1991 wieder abgerissen.

24.10.1990

Beschluss der neukonstituierten Stadtverordnetenversammlung Potsdam (StV) zur behutsamen Wiederannäherung an den Stadtgrundriss in der Potsdamer Innenstadt

1995-2001

Nach einem Votum des provisorisch im Gebäude der ehemaligen Reichskriegsschule auf dem Brauhausberg untergebrachten Landtags Brandenburg für den Neubau eines Landtagsgebäudes in der Speicherstadt werden für den Standort des Stadtschlusses alternative Nutzungs- und Baukonzepte u.a. für ein privat finanziertes Kongresszentrum geprüft. Diese Planungen sowie die Durchführung eines Markterkundungsverfahrens führen jedoch zu keinem dem Charakter des Standortes angemessenen Ergebnis.

1999-2000

Beim Abriss des Stadions für die im Rahmen der BUGA 2001 vorgesehene Wiederherstellung des Lustgartens werden zahlreiche Fragmente und Reste des Stadtschlusses geborgen, die für die Stadionwälle verwendet worden waren

6.10.1999

Die StV beschließt die Festsetzung des Sanierungsgebiets „Potsdamer Mitte“, zu dem auch der Standort des Stadtschlusses gehört. Zu den Sanierungszielen gehört die schon 1990 von der StV beschlossene Wiederherstellung des historischen Stadtgrundrisses. Die Sanierungsziele wurden mit dem anschließenden Bebauungsplanverfahren konkretisiert. Dazu gehören u.a. eine „Neubebauung des ehemaligen Stadtschlusses in Annäherung an die historische Kubatur und den historischen Grundriss sowie deren öffentliche Nutzung“ sowie eine Aufwertung und ein partieller Rückbau der zu DDR-Zeiten ausgebauten Breiten Straße,

Ende 2000

Konstituierung des Beirats Potsdamer Mitte, dessen Empfehlungen von 2001 zur historischen Struktur der Mitte und 2002 zur Verkehrsführung durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

April – Juli 2001

Im Alten Rathaus am Alten Markt findet die von der SPSP und der

Unteren Denkmalschutzbehörde veranstaltete Ausstellung „Minervas Mythos“ statt, die erstmals die Bau- und Abrissgeschichte des Potsdamer Stadtschlösses dokumentiert und auf der eine Vielzahl von bewahrten und geborgenen Fragmenten, darunter die aktuellen Ausgrabungen präsentiert wird.

12.10.2002

Drei Jahre nach Gründung des gleichnamigen Fördervereins wird der durch Spenden v.a. von Günther Jauch finanzierte Neubau des Fortuna-Portals unter Verwendung erhaltener Originalteile fertiggestellt und feierlich eingeweiht.

2005

Präsentation von monumentalen und skulpturalen Baufragmenten auf dem Hof des Kutschpferdestalles durch die SPSG mit Hilfe einer Spende von Hasso Plattner.

20.5.2005

Beschluss des Landtags Brandenburg zum Neubau eines Parlamentsgebäudes am Alten Markt in den Um- und Aufrissen des historischen Stadtschlösses. In einem weiteren Landtagsbeschluss von 2008 wird festgelegt, dass „der Figurenschmuck auf dem Dach des Gebäudes weiteren Spendenaktivitäten zugänglich bleiben soll“

März 2006

Eine Planungswerkstatt zur Potsdamer Mitte endet mit Planungsempfehlungen der Obergutachter zu einem städtebaulichen Konzept, das die Wiederherstellung des historischen Stadtgrundrisses mit dem Landtagsgebäude an dem Standort des Stadtschlösses in den Mittelpunkt stellt.

November 2006

Gründung der Potsdamer Bürgerinitiative Mitteschön als Reaktion auf den mehrfach fehlgeschlagenen Versuch zur Beschlussfassung des Bebauungsplans für das Landtagsgrundstück, bei der sich grundsätzliche Ablehnung und die Kritik an der ungenauen Planung addierten. Mitteschön hat sich seitdem mit vielen Aktionen und Beschlüssen u.a. zum Leitbautenkonzept, zum Landtagsgebäude und zur Architektur der neu entstehenden Bebauung eingebracht, mit Kunstaktionen Spenden eingeworben und die Entwicklung des Bereichs immer wieder beeinflusst.

2006 – 2011

Bei der Durchführung archäologischer Untersuchungen auf dem Stadtschlössereaal wird eine Vielzahl von Funden von der Mittelsteinzeit bis zur letzten Nutzungsphase des Schlosses gemacht. In der Folge wird entschieden, den Neubau in diesem Bereich auf Pfählen zu gründen, so dass diese Funde auf einer Fläche von ca. 3000 m² unzerstört im Boden verbleiben können. Außerdem wird im Südteil des Neubaus (Vortragsraum im EG) ein archäologisches Fenster angelegt, in dem ein mit Gewölben versehener Keller aus dem 17. Jahrhundert (Fussboden, Sockel für eine Säule, Ziegelmauerwerk) für die Besucher des Gebäudes einsehbar ist. Im Nordteil werden die Funde dokumentiert und eine Tiefgarage errichtet. Bürger bergen die Steine, um damit Spenden einzuwerben.

Dezember 2006

Eine Bürgerbefragung der Stadt Potsdam zum Standort des neuen Landtagsgebäudes ergibt eine deutliche Präferenz für den Standort des ehemaligen Stadtschlösses.

Januar 2007

Eine unmittelbare anschließende Umfrage von ARGUS Potsdam e.V. zeigt eine deutliche Präferenz der Erinnerungsarchitektur gegenüber einem modernen Landtag auf dem Alten Markt.

6.6. und 4.7.2007

Beschlüsse der StVV zur geänderten Verkehrsführung in der Potsdamer Mitte und zum Bebauungsplanverfahren SAN P-10 „Landtagsneubau“

2008-2009

Die Straßenführung der seit den 60er Jahren verbreiterten und über den Standort des Stadtschlösses führenden Friedrich-Ebert-Str. mit der Straßenbahn wird zurückgebaut und nach Westen verlegt, sodass der Standort des Stadtschlösses vollständig frei ist.

2006-2009

In einem nicht-öffentlichen, kombinierten Bieter-/Entwurfsverfahren des brandenburgischen Finanzministeriums als Bauherr (Verfahren in öffentlich-privater Partnerschaft) erhält nach einer Überarbeitungsphase das Konzept des Bieterkonsortiums um die niederländische Royal BAM Group mit dem Architekten Prof. Peter Kulka als Entwurfsverfasser den Zuschlag. Der Entwurf von Kulka sieht allseitig nach den Maßgaben der historischen Pläne rekonstruierte Außenfassaden, eine v.a. im Südteil aufgrund des Raumprogramms vergrößerte Kubatur und eine moderne Innenarchitektur vor. Die aufwendige Wiederannäherung der Fassaden des Landtagsneubaus an das historische Vorbild wurde erst durch eine Spende der Hasso-Plattner-Förderstiftung in Höhe von 20 Mio € im Jahr 2007 möglich. Eine weitere Spende des Mäzens im Jahr 2011 ermöglichte die Eindeckung des Dachs mit Kupfer.

Ende 2009

Der aus dem Förderverein für das Fortuna-Portal hervorgegangene Verein Potsdamer Stadtschloss legt einen detaillierten Spendenkatalog für den Skulpturenschmuck des Fortuna-Portals und der Kopfbauten der Seitenflügel vor.

25.3.2010

Baubeginn für den Neubau des Landtagsgebäudes

1.9.2010

Beschluss der StVV zum „Integrierten Leitbautenkonzept Potsdamer Mitte“, das für die fünf Blöcke um den Alten Markt ein differenziertes Bebauungskonzept (mit Nutzungs- und Verkehrskonzept) beschließt, das zwischen Leitbau, Leitfassade und Neubau gemäß einem festgelegten Regelwerk unterscheidet.

November 2010

Konstituierung des bis heute aktiven Gestaltungsrats Potsdam, der als unabhängiges Sachverständigenrat Bauherren und Architekten im Auftrag der Stadtverwaltung berät und wichtige Bauvorhaben – auch in der Stadtmitte – mit Empfehlungen begleitet.

Juni 2011

Vereinbarung zwischen der SPSG und dem Finanzministerium des Landes Brandenburg zur Übergabe von Skulpturen und Fragmenten für den Einbau im Landtagsneubau

24.11.2011

Richrfest für den Neubau des Landtagsgebäudes

20.4.2012

Der Berliner Landesdenkmalrat spricht sich wie bereits zuvor das Landesdenkmalamt Berlin für den Verbleib der 8 aus Potsdam stammenden Attikafiguren am jetzigen Standort mit folgender Begründung aus: „Auch wenn die Attikafiguren auf der Humboldt-Universität aus dem Zusammenhang des Potsdamer Stadtschlösses stammen und bis heute im Eigentum der Stiftung Schlösser und Gärten sind, bildet der jetzige Standort bereits selbst eine wichtige historische Schicht ab. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Humboldt-Universität mit der Aufbewahrung der Skulpturen deren Erhaltung überhaupt ermöglicht. Das ist ein Akt der Erbpflege, die bereits einen geschichtlichen Wert darstellt und selbst schützenswert ist.“ (Auszug aus dem Protokoll)

Oktober 2013

Übergabe des Landtagsgebäudes an den Landtagspräsidenten

21.1.2014

Einweihung des fertiggestellten Landtagsneubaus, bei dem insgesamt 307 vorhandene historische Bauteile und Werkstücke an ihren originalen Positionen wieder eingebaut wurden. Die Attiken der äußeren Fassaden werden konstruktiv für die Aufstellung der Skulpturen vorgeüstet. Nach dem Entwurf von Prof. Kulka werden die Skulpturen nur an den Außenseiten des Bauwerkes, nicht im Innenhof geplant, so dass nur noch 57 Standorte bestehen.

Ende 2015

Die Gebäude des Blocks zwischen Alten Markt und Alter Fahrt sind gemäß dem Leitbautenkonzept weitgehend fertiggestellt. Der ursprünglich als Hotel geplante Leitbau des Palasts Barberini (Humboldtstr. 5 und 6) wird als Museum Barberini für die Kunstsammlung von Prof. Plattner gemäß dem Entwurf von Hilmer & Sattler und Albrecht (Berlin/München) errichtet und soll 2017 eröffnet werden. Zur Rekonstruktion des Palasts Barberini gehört auch die Aufstellung von 6 Sandsteinvasen auf dessen Attika. Die benachbarten Gebäude Humboldtstr. 4 (Leitfassade mit 6 Attikaskulpturen – ehemals Palazzo Chiericati, Architekten von Geisten/Marfels, Potsdam) und Humboldtstr. 3 (Leitfassade – ehemals Palazzo Pompei, Architekt Bernd Redlich, Potsdam) sind ebenso fertiggestellt wie das Gebäude Humboldtstr. 1-2, das in zeitgenössischer Architektur (Entwurf Hilmer & Sattler und Albrecht, Berlin/München) errichtet wird. Auch hier werden soweit vorhanden Spolien eingesetzt.

26.4.2016

Aufstellung von zwei der 17 vollständig erhaltenen Skulpturen auf der Attika des westlichen Kopfbaus der Nordfassade neben dem Fortuna-Portal. Die Restaurierung dieser zwei Figuren („Jüngling“ und „Herkules“ von Heymüller) wurde vollständig aus Spendengeldern des Fördervereins Potsdamer Stadtschloss finanziert.

Materialien

Hans-Joachim Giersberg: Das Potsdamer Stadtschloss, Berlin 1998

Daniel Rahn: Die Baufragmente des Potsdamer Stadtschlösses, 1997 (Archiv SPSG)

Ausstellungskatalog „Minervas Mythos. Fragmente und Dokumente des Potsdamer Stadtschlösses“, mit Texten von Gundula Christ, Saskia Hüneke, Astrid Fritsche und Jochen Kuke, Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und Untere Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam (Hg.), Berlin 2001

Jochen Kuke, Saskia Hüneke, Julia Theek: Die Sandsteinfiguren des Potsdamer Stadtschlösses, Verein Potsdamer Stadtschloss (Hg.), o.Jg.

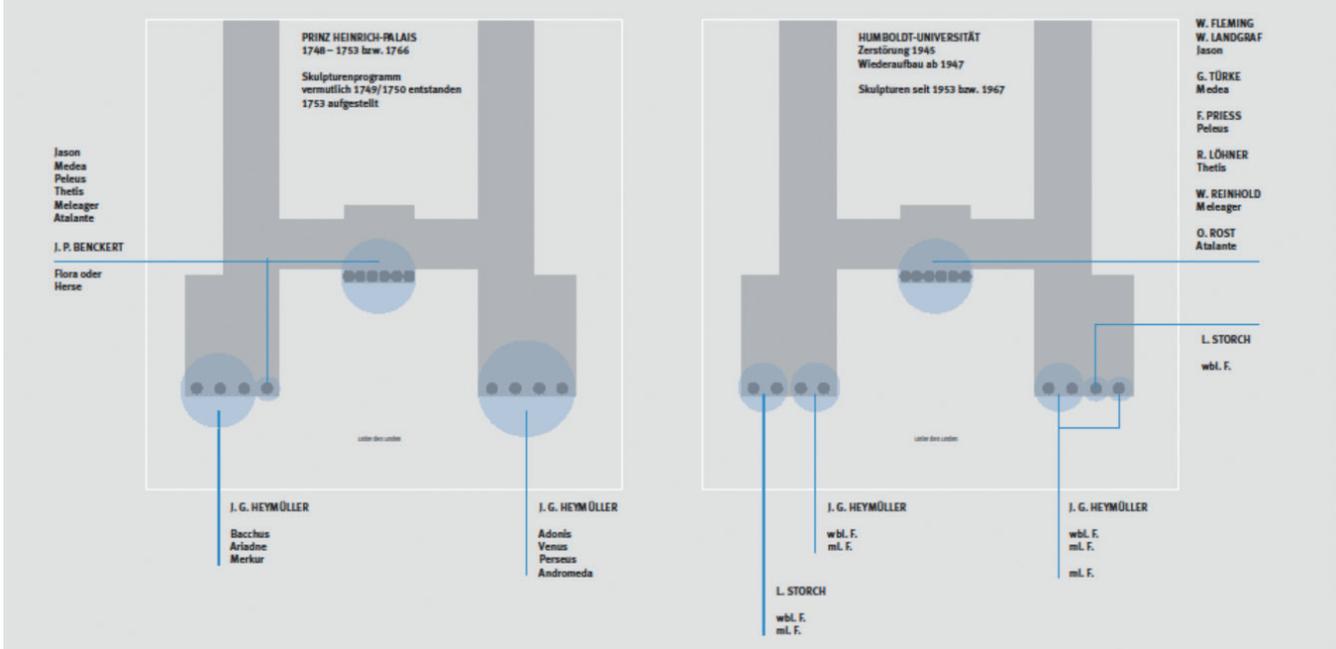
Kathrin Lange und Saskia Hüneke: Katalog zur Restaurierung und Wiederverwendung des Skulpturenschmuckes des ehemaligen Potsdamer Stadtschlösses im Zusammenhang mit der Errichtung eines Landtagsgebäudes für den Brandenburger Landtag, 2007 (Archiv SPSG)

Kleine Geschichte des neuen Landtagsgebäudes – Der lange Weg vom Stadt- zum Landtagsschloss, Landtag Brandenburg (Hg.), Potsdam 2015

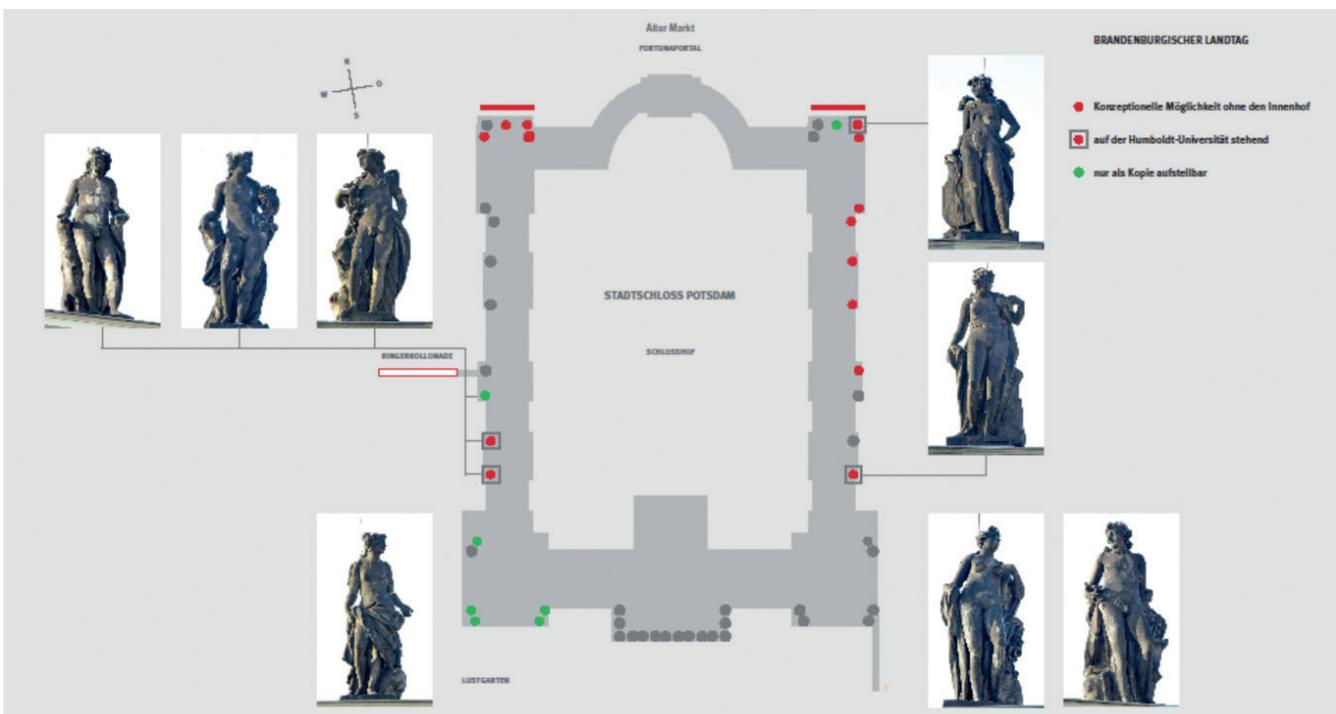
Der Weg zur neuen Mitte, Sanierungsträger Potsdam GmbH (Hg.), Potsdam, Berlin 2012

Potsdamer MITTE, Sanierungsträger Potsdam (Hg.), Potsdam 2015

STADT FORUM POTSDAM, Dokumentationen für die Jahre 2006 und 2011 bis 2015, STADT FORUM POTSDAM (Hg.), Potsdam/Berlin 2007, 2012 bis 2016



Skulpturenschmuck des Prinz-Heinrich-Palais und der Humboldt-Universität im Vergleich



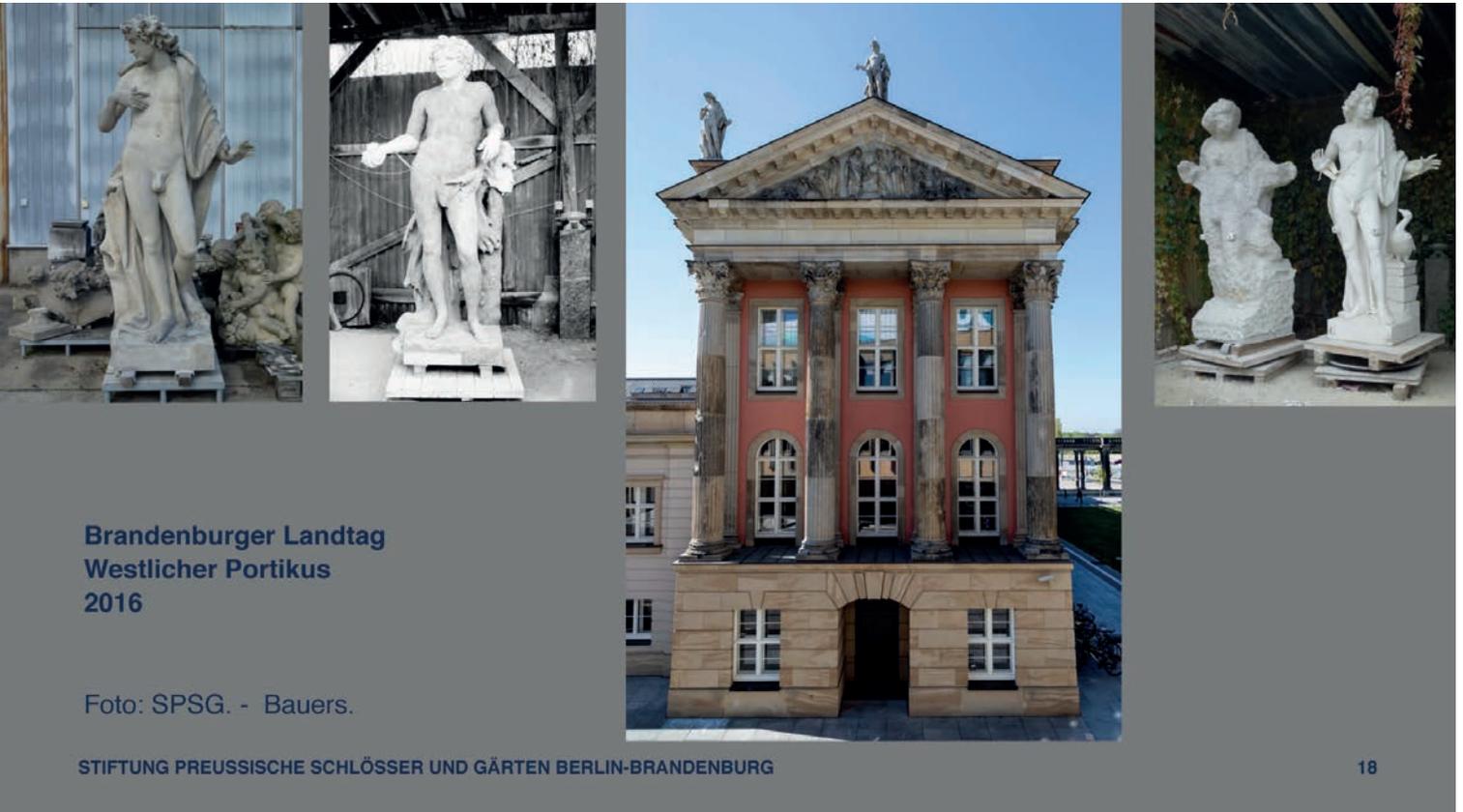
Möglicher Aufstellungsplan der erhaltenen Skulpturen auf dem Landtagsgebäude (ohne Innenhof)



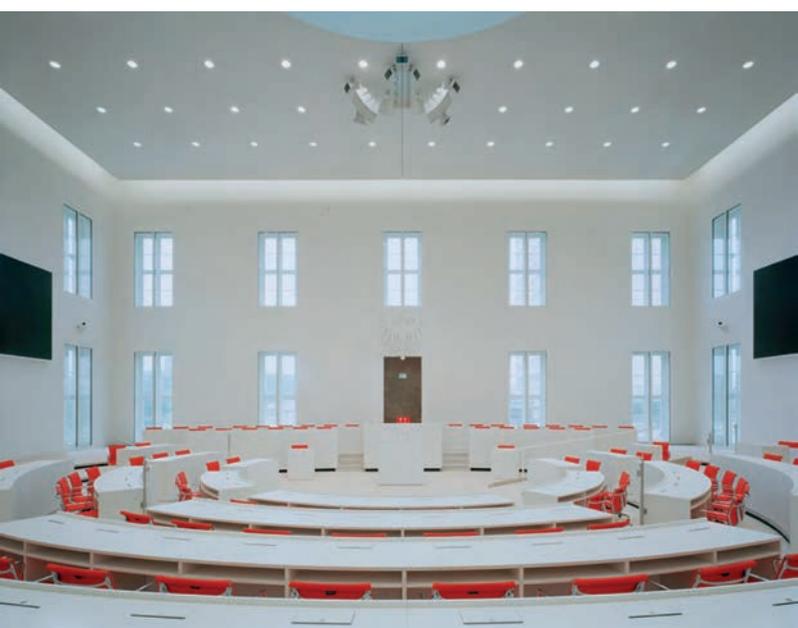
Dach des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität Berlin 2016
(Foto: Barbara Herrenkind, HU Berlin)



Vorentwürfe von Fritz Koelle und Waldemar Grzimek für alternative Skulpturen auf dem Hauptgebäude der HU Berlin



Westlicher Kopfbau des Landtagsgebüdes mit originalen Baufragmenten und Skulpturen als Spolien (Zustand seit Mai 2016)



Plenarsaal des Landtagsgebüdes



Blick in das Treppenhaus des Landtagsgebüdes

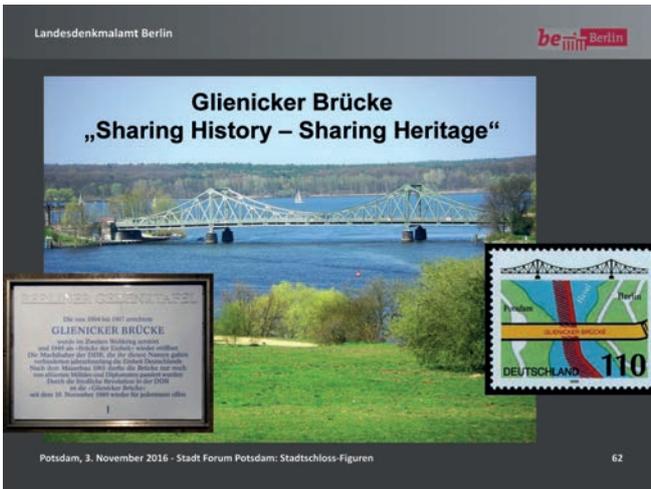


Die Skulpturen auf dem Hauptgebäude der Humboldt Universität 2016 (Foto: Barbara Herrenkind, HU Berlin)



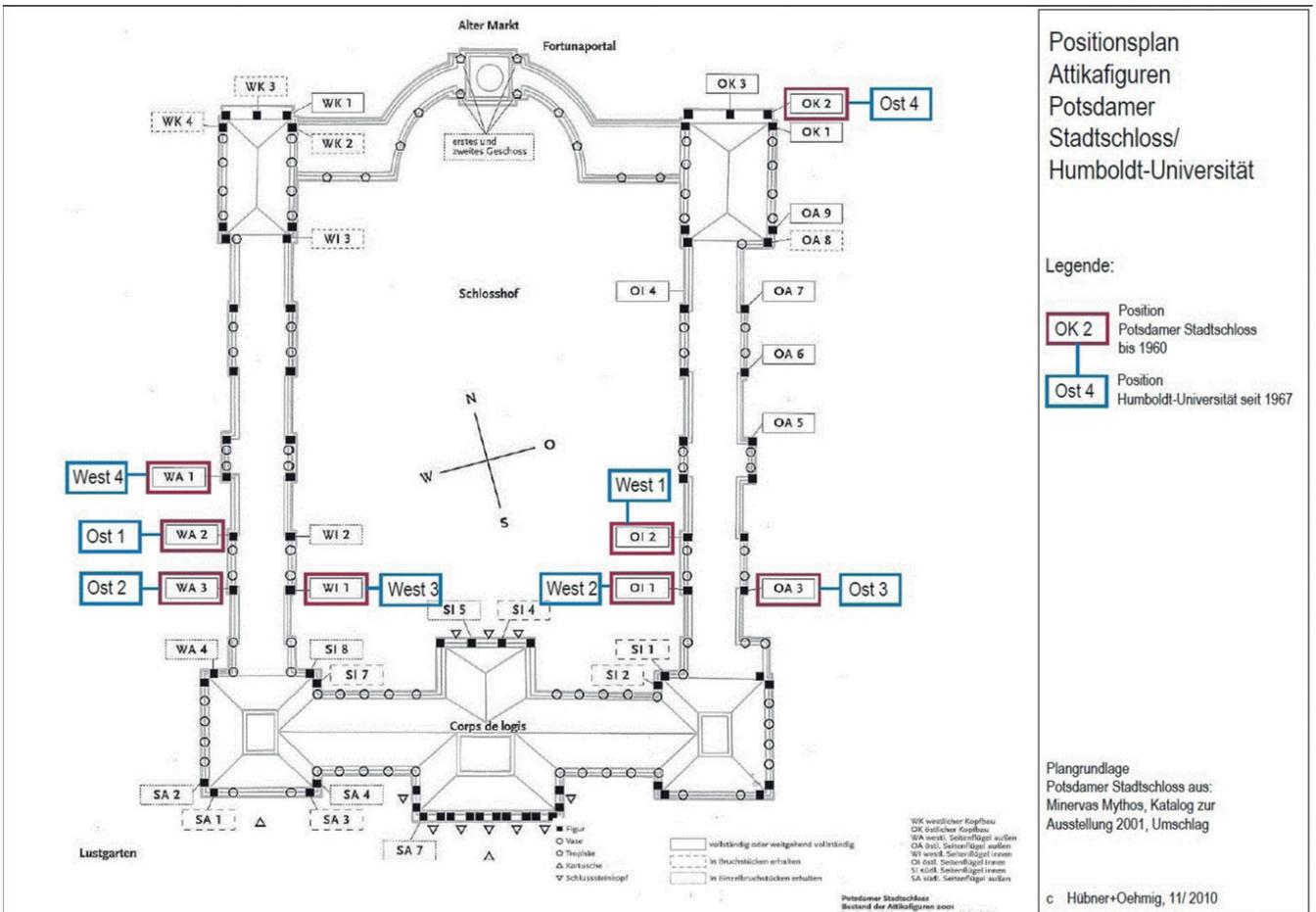
Der 1947 in „Bebelplatz“ umbenannte Opernplatz in der von Paulick geschaffenen Fassung im Jahr 1979; im Hintergrund das Gebäude der Dresdner Bank, seit 1945 Sitz der Bezirksleitung der SED, dann Staatsbank der DDR, heute Hotel de Rome

Der Bebelplatz in Berlin in der von Richard Paulick geschaffenen Fassung (1979)



oben und unten: Auszüge aus der Präsentation von Jörg Haspel (Landesdenkmalamt Berlin)

Ehemaliges Staatsratsgebäude mit transloziertem Schloss-Portal (links) und Rohbau des Humboldt-Forums (rechts, Auszug aus der Präsentation von Jörg Haspel)



Beitrag STADT FORUM POTSDAM 3.11.2016

O Fortuna!

Christian Wendland

Fortuna - Welch ein Glück: Das Stadtschloss steht.

Dort, wo es immer stand und wo es auch heute hingehört. Jeder, der offenen Auges und Herzens durch die Potsdamer Mitte geht, wird das genauso sehen. Selbst überzeugte Gegner eines wieder aufgebauten Potsdamer Stadtschlusses haben das inzwischen eingeräumt, wofür ich großen Respekt habe. Das Einräumen des eigenen Irrtums zeigt Lernfähigkeit und Größe! Beachtenswert dabei: Die Denkmalpfleger haben sich in Potsdam von dem Dogma verabschiedet, dass ein verloren gegangenes Gebäude nicht wieder aufgebaut werden darf. Der Generaldirektor der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten, Hartmut Dorgerloh, hat zum Eröffnungstag am 18. Januar 2014 geschrieben: „... mit ihren Millionenspenden für das Fortunaportal beziehungsweise für Fassade und Kupferdach wurden sie (die Spender, d.V.) zu Pionieren des Wiederaufbaus, für den sich die Bürgerinitiative „Mittschön“ und der Stadtschloss-Förderverein so unbeirrt eingesetzt hatten. Als Ergebnis bestätigt dieser Wiederaufbau nun die Theorie - und ist außerdem überzeugend. Ich gestehe, dass ich zu den Skeptikern gehörte und heute ein Befürworter bin.“

Diejenigen, die dafür waren, die unermüdlich daran geglaubt und gearbeitet haben, sind es, denen vor allem Dank und Respekt gehört. Über mich werde ich hier nichts weiter schreiben, wer mich kennt, weiß, dass es mir seit der Zerstörung und Sprengung ein Herzensanliegen war, dass das Schloss wieder steht. Und im Laufe der Zeit stellte sich heraus, dass es sehr viele sind und immer mehr wurden, die dafür waren, und die sich trauten, es zu formulieren und sich dafür zu engagieren. Unendlich viele Bürger aus Potsdam, aber auch darüber hinaus, haben sich für den Wiederaufbau zusammengefunden. Es ist nicht nur eine Baumeisterleistung, sondern auch ein gelungenes basisdemokratisches, bürgerengagiertes Ergebnis.

Das macht Mut. Mut, auch die Figuren des Stadtschlusses wieder zurückzuholen. Dahin, wo sie waren und hingehören – nach Potsdam! Denn es gibt kein Gebäude auf dieser Welt, das näher an dem Potsdamer Stadtschloss ist als das Brandenburgische Landtagsgebäude. So steht das Stadtschloss nicht nur am historischen Ort, sondern mehr als 300 Spolien der erhaltenen Teile des Originals sind wieder eingebaut: Teile, die 1977 in Potsdam unter Denkmalschutz gestellt wurden wie alle geborgenen Reste des Stadtschlusses.



Aufstellung einer restaurierten Skulptur auf dem Attika des westlichen Kopfbaus der Nordfassade des Landtagsgebäudes am 26.4.2016.

Wir warten auf Heimkehr

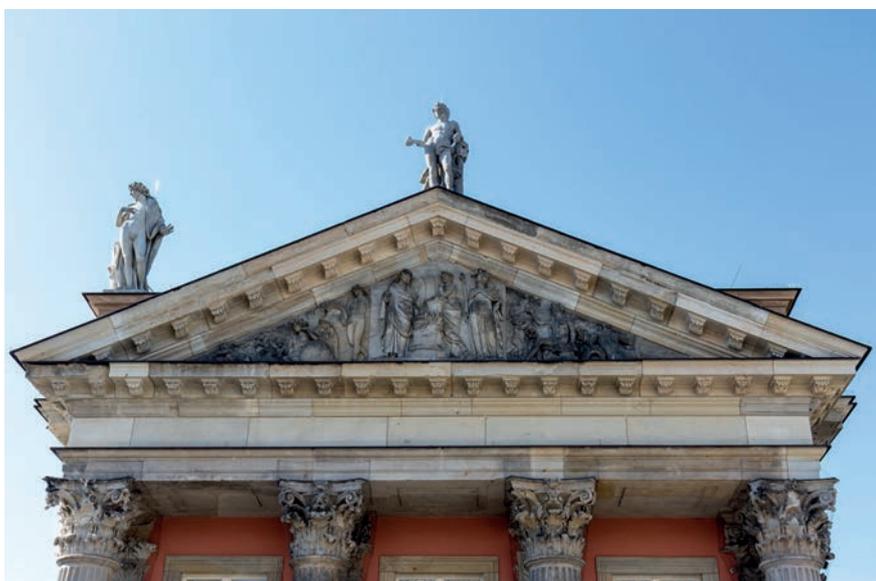


Das Potsdamer Stadtschloss bekrönte ursprünglich ein Zyklus von 76 Sandsteinfiguren, berühmte Liebespaare der antiken Mythologie. Viele davon überstanden rußgeschwärzt den Bombenangriff 1945. Und viele wurden vor der Sprengung des Stadtschlusses 1960 abgenommen. Acht der am besten erhaltenen wurden 1966 von der Potsdamer Schlösserverwaltung an die Berliner Humboldt-Universität ausgeliehen, eine Entscheidung aus Not und Zufälligkeiten heraus. Der gültige Leihvertrag ist jederzeit kündbar. Die Figuren mit ihrer dramatischen Geschichte von Krieg und Exil bedürfen dringend einer Restaurierung. Der Verein Potsdamer Stadtschloss übernimmt diese lebensrettende Gesundheitskur – er setzt seine Spenden aber nur hierfür ein, wenn die barocken Kunstwerke nach Hause zurück nach Potsdam kommen.

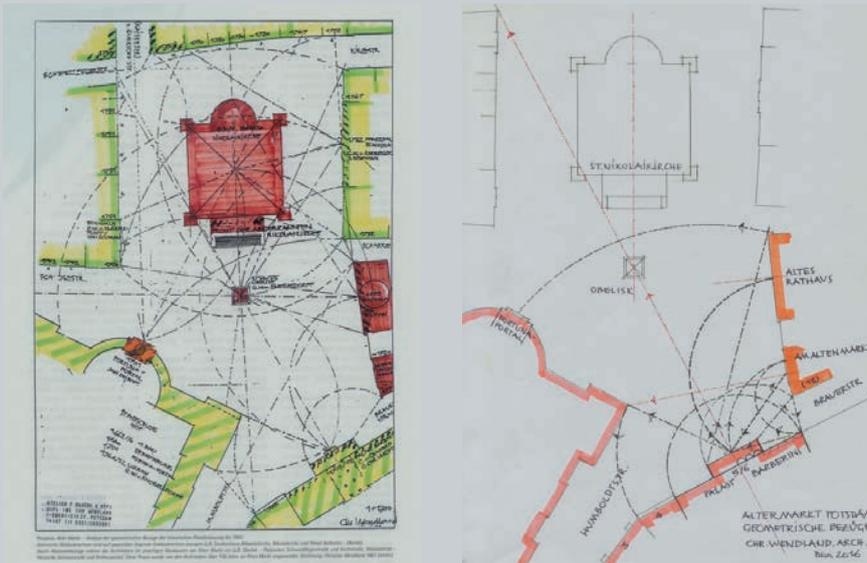
Unterstützen Sie die Rückgabe der Potsdamer Götter an den Ort, an dem sie über 200 Jahre lang standen und für den sie geschaffen wurden!

Bündnis Potsdamer Mitte

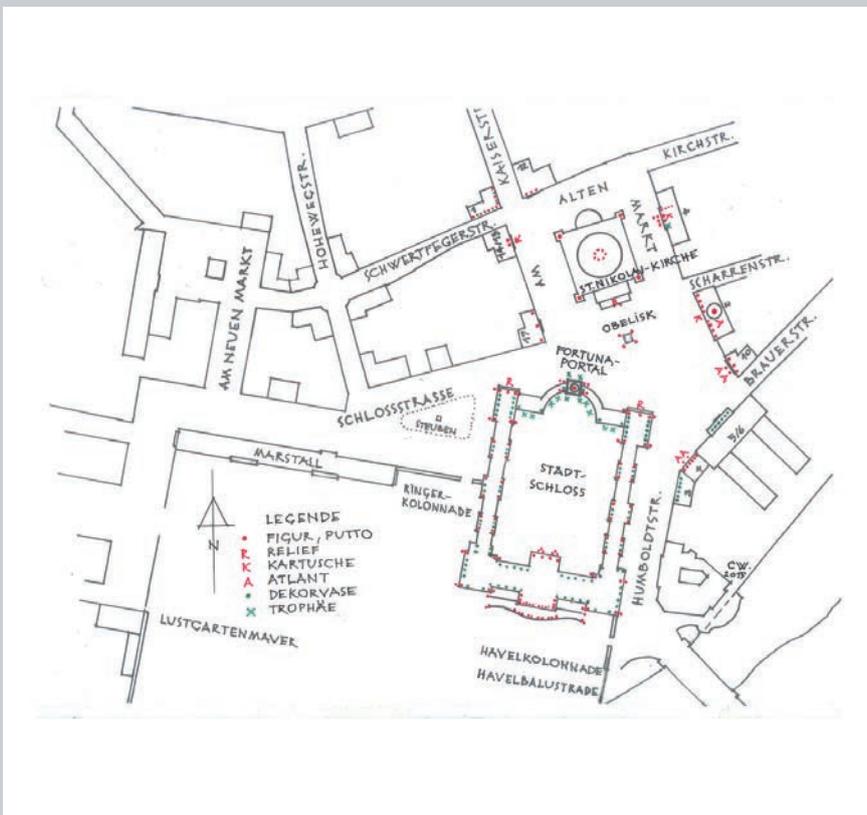
Werbung des Bündnisses Potsdamer Mitte für die Rückführung aller Stadtschloss-Figuren nach Potsdam



Westlicher Kopfbau des Landtagsgebäudes mit Skulpturenschmuck



Der Alte Markt (bis 1945) mit seinen Achs- und Abstandsbeziehungen - Pläne von Christian Wendland



Alter Markt und Schlossumfeld mit Angaben des Attika- und Kuppelschmucks - Plan von Christian Wendland

So auch der Skulpturenschmuck: Die acht Originalfiguren, die das Institut für Denkmalpflege Berlin 1959 bergen ließ und die 1966 in einem Leihvertrag der Humboldt-Universität übergeben wurden, sind davon nicht ausgenommen.

„Pacta sunt servanda“ - Verträge sind einzuhalten. Heutige Entscheidungen einer Landesdenkmalbehörde (Landesrecht) können Vertragsregelungen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (Bundesrecht) nicht aufheben, aus einem Leihvertrag keinen Überlassungsvertrag machen. Nach dem Einigungsvertrag gelten alle staatlichen Festlegungen der ehemaligen DDR-Organen, sofern keine menschenrechtlichen oder grundgesetzlichen Verstöße vorliegen. Das ist hier nicht der Fall. Vorausschauend war es im Übrigen, dass damals eben kein Überlassungsvertrag geschlossen wurde, sondern dieser Leihvertrag, der die Möglichkeit beinhaltet, die Figuren auf ein wieder aufgebautes Stadtschloss zu setzen. Pacta sunt servanda.

Wer weiter denkt, stellt sich außerdem unweigerlich die Frage, welche Figuren auf dem Prinz-Heinrich-Palais einst gestanden haben, und ob es nicht sinnvoller ist, diese wiederherzustellen, als die unaußstehlichen Stadtschlossfiguren - oder Kopien davon - dort zu lassen. In der DDR wurde bereits mit der Wiederherstellung einiger Figuren begonnen, doch Ideologie und wirtschaftliche Gründe stoppten dieses Unternehmen. Aber sinnvoll wäre es, zumal seinerzeit die Skulpturen nicht nur schmückendes Beiwerk waren, sondern immer auch einem Bilderprogramm folgten. Es ist an der Zeit, diese Bilderprogramme wieder zu erwecken, zu erklären und zu nutzen. Es wäre doch zudem außerordentlich wohltuend, wenn beim Landtagsschloss, das für ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg dimensioniert ist, alle gemeinsam nach der besten Lösung suchen – ohne Dogma, ohne Egoismus, sondern mit viel Sachverstand, Forschung und Diskussion, damit Fortuna sich nicht einsam im Winde dreht, sondern gemeinsam mit den in Potsdam erhaltenen und zurückgegebenen Figuren aus Berlin das Potsdamer Landtags-Stadtschloss wieder schmücken und Sinnbilder darstellen kann.

Rückführung der Stadtschloss-Figuren auf das Gebäude des Landtagsneubaus?

Empfehlungen der Kerngruppe zur 57. Sitzung

Bei der Auseinandersetzung um die 1966 nach Berlin verliehenen Stadtschloss-Figuren stehen sich - unabhängig von der Darstellung der historischen Fakten sowohl des 18. Jahrhunderts als auch der Epochen nach 1945 bzw. 1990 für beide Standorte - zwei Narrative gegenüber:

Das Potsdamer Nachwende-Narrativ, bei dem der Landtagsneubau in Gestalt des Stadtschlusses als schöpferische architektonische Rekonstruktionsleistung und als zentrales Element eines kontinuierlich vorangetriebenen Prozesses der Rückgewinnung der Altstadt gesehen wird. Dieser Prozess hat eine besondere Qualität, weil er durch das Zusammenwirken von Stadtgesellschaft und politischem Willen, von mäzenatischem Engagement einzelner Personen und von professionellem stadtplanerischen Verwaltungshandeln geprägt ist. Nach dem Baukonzept Prof. Kulkas haben die historischen, originalen Bauelemente als Spolien besondere Bedeutung, so dass die Aufstellung der Figuren in dem Kontext, für den sie geschaffen wurden und der nun wiederentsteht, essentiell ist.

Das Berliner Wiederaufbau-Narrativ, nach dem sich bei der Wiederherstellung des Forums Fridericianums (Wiederaufbau des HU-Hauptgebäudes und der Staatsoper, Rückbau von Hedwigs-Kathedrale und „Hotel de Rome“) eine für DDR-Verhältnisse bemerkenswerte Rückbesinnung auf preußische Bautraditionen durchsetzte. Aus dieser Perspektive ist die Zeitschicht des Wiederaufbaus, in die die Skulpturen nun eingebunden sind, denkmalpflegerisch ebenso schutzwürdig wie der ursprüngliche Entstehungszusammenhang. Zudem sind – so die These - die Skulpturen auf diese Weise gerettet worden. Vor diesem Hintergrund spielen weder der Leihvertrag noch die Tatsache, dass die Potsdamer Skulpturen motivisch und im Höhenmaß nicht der ursprünglichen Gestaltung des Prinz-Heinrich-Palais entsprechen, eine Rolle.

Die Berliner Seite bewertet die damals getroffenen Entscheidungen als sensibles Handeln der Agierenden mit klarer denkmalpflegerischer Intention und als Teil einer „Spolien- und teilungsbedingt versetzten Originale zu belassen und an ihren wiederentstandenen Erststandorten durch Kopien zu ersetzen, wird auch in anderen Fällen (Schloßportal) angewandt und soll auch für die Statuen aus Potsdam gelten. Die Berliner Seite sieht keinen Handlungsbedarf zur Beendigung des Leihvertrages, da die 8 Skulpturen am jetzigen Standort und zum jetzigen Zeitpunkt standsicher sind und alles konservatorisch Notwendige für deren Erhalt getan werden soll. Solange eine Aufstellung im Freien möglich ist, sollen die Statuen auf der Humboldt-Universität bleiben und dann museal präsentiert werden.

Die Potsdamer Seite sieht den Leihvertrag von 1966 als Notbehelf, gegenüber einer damals verworfenen Neuschöpfung des Skulpturenprogramms (Koelle und Grzimek) bzw. der aus pragmatischen Gründen verworfenen Fortsetzung des Rekonstruktionsprogramms, und als Ausdruck einer politischen Entscheidung des SED-Staates. Aus Potsdamer Sicht sollen die Skulpturen, solange eine Aufstellung im Freien möglich ist, gerade angesichts der Qualität des Landtagsneubaus primär und zeitnah an den ursprünglichen Entstehungszusammenhang zurückgeführt werden. Je nach Zustand sind vier oder fünf der Statuen dafür nötig, die anderen könnten schon eher museal präsentiert werden.

Da der Leihvertrag rechtskräftig ist und es im Stiftungsrat der SPSG derzeit keine Initiative zu dessen Kündigung gibt, stellt sich eine juristische Behandlung der Materie als nicht zielführend dar. Es hat sich jedoch gezeigt, dass bei den Entscheidungsabläufen und den Motivlagen der in den 60er Jahren Handelnden noch Forschungsbedarf besteht und objektive Bewertungskriterien für beide Standorte gleichermaßen angewendet werden müssen. Ebenso sind die konservatorischen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen.

Nach wie vor ist ungeklärt, welche Zukunftsoption die Universität für den Zeitpunkt entwickelt, zu dem die

erste Skulptur aus konservatorischen Gründen deponiert werden muss: spätestens dann ist zu entscheiden, ob grundsätzlich Kopien nach den Potsdamer Skulpturen oder in Fortsetzung der ersten Nachkriegsmaßnahme Rekonstruktionen nach den verlorenen Skulpturen, die die entsprechenden Motive und Größe aufweisen, geschaffen werden sollen. Hierzu stünde dann das weitere Vorgehen in Potsdam in Beziehung.

Denkmalpflegerische Positionen und Entscheidungen sind nicht nur Gegenstand fachlicher Abwägungen, sondern bedürfen einer Einbettung in gesellschaftliche Diskurse, um auch zukünftig verstanden zu werden und für alle Seiten wirksam zu bleiben. Im Sinne einer einvernehmlichen Lösung sollten der nun öffentlich geführte Diskussionsprozess fortgesetzt und die Klärung der noch offenen Fragen vorangetrieben werden.

Für die Kerngruppe
Saskia Hüneke
Dr. Günter Schlusche

Die Textfassungen einiger Beiträge der 57. Sitzung am 3.11.2016 sind auf der Homepage des STADT FORUMS POTSDAM (www.potsdam.de/stadtforum) abrufbar.



Prof. Hartmut Dorgerloh (Generaldirektor SPSG, Mitte) mit OB Jann Jakobs (links) und Prof. Kai Kappel (HU Berlin) am 3.11.2016



Dr. Joachim Kuke (Verein Potsdamer Stadtschloss, rechts) vertritt die Forderung nach Rückführung aller Stadtschloss-Skulpturen nach Potsdam.



Prof. Hartmut Dorgerloh und Saskia Hüneke
(beide SPSP) auf dem Podium



OB Jann Jakobs (links) und Prof. Hartmut Dorgerloh (SPSP) auf dem Podium am 3.11.2016



Natalie Gommert und weitere Sitzungsteilnehmer am 3.11.2016



Prof. Peter Kulka (Architekt des Landtagsgebäudes) diskutiert mit den Teilnehmern



Die Teilnehmer der Sitzung im Treffpunkt Freizeit



Moderatorin Brigitte Faber-Schmidt am 3.11.2016



Prof. Kai Kappel und Prof. Sabine Kunst (Humboldt-Universität Berlin) während ihres Beitrags



Prof. Jörg Haspel erläutert am 3.11.2016 die Position der Berliner Denkmalpflege



Saskia Hüneke (SPSG) diskutiert über das weitere Vorgehen in Bezug auf die Stadtschloss-Skulpturen.



Die Teilnehmer der Sitzung am 3.11.2016 in der Debatte

STADT FORUM POTSDAM - Ziele und Merkmale

Potsdam steht inmitten einer dynamischen Entwicklung. Wichtige Entscheidungen für die Stadtentwicklung sind getroffen - die Vielzahl der von öffentlicher wie privater Seite realisierten Maßnahmen, die eingeleiteten Bauprojekte, Planungen und das damit in der Stadt investierte Finanzvolumen sind ein beeindruckender Beleg dafür. Die Pflege der Potsdamer Kulturlandschaft, die Sanierung der Altstadt Potsdams und Babelsbergs sind auf guten Wege und tragen maßgeblich dazu bei, dass Potsdam seine Reputation als kulturelles Zentrum stärkt. Zugleich ist Potsdam im Begriff, sich mit den restrukturierten Hochschulen und den zahlreichen inner- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein zukunftsweisendes Profil als Wissenschafts- und Dienstleistungsstadt zu verschaffen. Mit seiner hohen Lebensqualität zieht Potsdam Familien, Fachkräfte, Senioren an und gehört zu den wachsenden Städten in Deutschland.

Trotzdem gibt es auch in Potsdam Schwierigkeiten bei der Fortführung dieser Prozesse: Die aus der positiven Entwicklung folgende Verdichtung, die im Widerspruch zum landschaftsgeprägten Charakter der Stadt bzw. der historischen Kulturlandschaft steht, die wachsenden Mobilitätsanforderungen, der erhöhte Bedarf an Wohnbauten und Bildungseinrichtungen oder der nur begrenzt von der Stadt beeinflussbare Anstieg der Mieten führen zu Konflikten und er-

höhtem Planungsbedarf. Eine aktive Bürgerschaft und die Entwicklung umfangreicher Beteiligungsprozesse zeigen einen lebhaften Diskurs. Insbesondere bei der Entwicklung der Potsdamer Mitte, in der zukünftige, am historischen Grundriss orientierte Strukturen die Verhältnisse der DDR-Zeit in Frage stellen, zeigen sich divergierende Positionen. Weitere Konfliktfelder liegen im Bereich der Verkehrsentwicklung, in der gerechte und ökologische Konzepte liebgeordnete Gewohnheiten aufheben. Der Ausbau der Wohnviertel im Süden sowie die Entwicklung und Anbindung der nördlichen Ortsteile stellen die Stadt vor große Herausforderungen. Viel zu wenig Beachtung finden die Dynamik des kulturellen und sozialen Lebens in der Stadt sowie die Anforderungen des Klimawandels.

Für die politische Spitze ist die Überwindung von Kommunikationsdefiziten und die Gewinnung aller Kräfte für einen gemeinsamen Kurs eine sich immer wieder neu stellende Herausforderung. Genau hier setzt die Initiative für ein STADT FORUM POTSDAM an, die die Potsdamer Stadtentwicklung seit 1998 begleitet. Das STADT FORUM POTSDAM ist eine Institution, die wesentliche Kräfte und Instanzen der Stadt zusammenführt und mit direkten Kommunikationsformen den Prozess der Neuausrichtung der Stadtpolitik inhaltlich untermauert, fachlich qualifiziert und durch öffentliche Debatten transparent macht. Das STADT FORUM POTSDAM

stellt sich die Aufgabe, alle wichtigen Fragen, Aspekte und Konflikte der Potsdamer Stadtentwicklung zu behandeln - in wechselseitiger Verknüpfung von Fachwissen, bürgerschaftlichem Engagement und politischer bzw. administrativer Verantwortung. Das STADT FORUM POTSDAM will nicht erst tätig werden, nachdem die Würfel gefallen sind, sondern will über Zusammenhänge, bereits vorliegende Ergebnisse und Hintergründe aufklären, bevor die Entscheidungen getroffen werden. Das STADT FORUM POTSDAM versucht, als „Verhandlungsgremium zu kooperativen Lösungen beizutragen“ (Erika Spiegel). Voraussetzung dafür ist der unvoreingenommene, gleichberechtigte Dialog aller engagierten Personen - jenseits ihrer formalen Legitimation. Darin liegt die besondere Qualität einer Beteiligungskultur, die zwischen den lebensweltlich und formal getrennten Bereichen eine Vermittlungsebene anbietet. Es ist dabei zum einen wesentlich, die fachlichen Konzepte und Diskussion für die bürgerschaftlichen Debatten verfügbar zu machen. Zu anderen geht es darum, die zivilgesellschaftlichen Expertisen einzubeziehen und dabei auch für ungewöhnliche Perspektiven offen zu sein.

Mit diesen Grundsätzen ist das STADT FORUM POTSDAM ein wichtiger Bestandteil bürgerschaftlicher Beteiligung im öffentlichen Diskurs der Landeshauptstadt Potsdam.



Prof. Sabine Kunst (Präsidentin der Humboldt-Universität Berlin, Mitte) während ihres Beitrages am 3.11.2016



Blick in die Gewölbhalle des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte am 7.7.2016



Die Teilnehmer und das Podium der Sitzung am 21.4.2016

Streit um Attika-Figuren

Denkmalpfleger sind gegen Rückkehr der Skulpturen nach Potsdam

Potsdam/Berlin - Denkmalpfleger haben sich gegen eine Rückkehr der Attika-Figuren vom Dach der Berliner Humboldt-Universität (HU) nach Potsdam ausgesprochen. Das entschied ein Experten eines hochrangig besetzten Kolloquiums in Berlin. So unterstrichen unter anderem Vertreter des Berliner Landesdenkmalamts, dass das heutige HU-Hauptgebäude über Denkmalstatus ver-

füge, dessen Bestandteil auch die Skulpturen seien. Als einziger offiziell geladener Vertreter aus Potsdam sprach sich Günter Schlusche, Chef des Potsdamer Stadtforums, in dem regelmäßig wichtige Fragen der Stadtentwicklung diskutiert werden, für eine Rückgabe der Figuren aus. Diskutiert wurde auf dem Kolloquium auch die Möglichkeit, Kopien der Figuren in Potsdam aufzustellen.

Ein Potsdamer Bündnis, zu dem auch Stadtkonservator Andreas Kalesse gehört, verlangt die Rückgabe der Attika-Figuren. Sie standen bis zur Sprengung des Stadtschlosses 1959/60 in Potsdam und wurden danach nach Berlin gebracht.

pee/dpa

➔ **Einen ausführlichen Bericht finden Sie in der aktuellen PNN-Wochenendausgabe.**

1 Das STADT FORUM POTSDAM ist ein unabhängiges, fachübergreifendes und öffentlich tagendes Gremium, das zur inhaltlichen Neuausrichtung der Stadtentwicklung Potsdams wichtige Impulse geben will.

2. Im STADT FORUM POTSDAM arbeiten Mitglieder öffentlicher und privater Institutionen mit. Jede/r hat gleiches Rederecht, jenseits seiner/ihrer formalen Qualifikation. Die Mitglieder des STADT FORUMS POTSDAM werden persönlich eingeladen. Sie verstehen sich als engagierte, dem Gemeinwohl der Stadt verpflichtete Individuen, nicht etwa als weisungsgebundene Delegierte.

3 Das STADT FORUM POTSDAM tagt regelmäßig zu unterschiedlichen, jedoch qualifiziert vorbereiteten Themen. Die Sitzungen werden vom Moderator geleitet. Eine Kerngruppe ist verantwortlich für die inhaltliche Steuerung, die Einladung der Mitglieder sowie die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen.

4 Die Mitglieder bringen alle verfügbaren Informationen ein - nach dem besten Stand ihres Wissens. Die Hinzuziehung von Experten und die Einladung auswärtiger Fachleute ist gute Praxis.

5 Das STADT FORUM POTSDAM erarbeitet Positionen in einem transparenten, für alle Blickrichtungen offenen Verfahren, es stimmt nicht ab. Ziel ist die konsensorientierte Erarbeitung von Problemlösungen und Empfehlungen, nicht der bloße Austausch von Standpunkten.

6 Für die erfolgreiche Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM ist die enge Zusammenarbeit und Unterstützung durch Politik und Verwaltung v.a. der Landeshauptstadt Potsdam unverzichtbar. Die Mitglieder des STADT FORUMS POTSDAM erwarten, daß die von ihnen erarbeiteten Empfehlungen und Positionen bei den Entscheidungen der politisch und fachlich Verantwortlichen berücksichtigt werden.

7. Die Sitzungen des STADT FORUMS POTSDAM werden protokolliert, die Empfehlungen werden schriftlich zusammengefasst.

8. Für die Organisation und das technische Management (Einladungen, Adressen, Materialien usw.) ist eine Geschäftsstelle verantwortlich, die auch zwischen den Sitzungen als Anlaufstelle fungiert.

Diese Arbeitsvereinbarung wurde auf der konstituierenden Versammlung des STADT FORUMS POTSDAM am 25.3.1998 zustimmend zur Kenntnis genommen.

MAZ 21/4/2016

Forum zur Beteiligung in Potsdam

Innenstadt. Im Bürgerbegehren gegen den Abriss des „Mercur“-Hotels, der alten Fachhochschule und des Wohnblocks am Staudenhof sind nach dem Auftakt vor 13 Tagen bereits mehr als 4600 Stimmen gesammelt worden. Das teilten der Kreischef der Linken, Sascha Krämer, und Lutz Boede von der Wählergemeinschaft Die Andere am Mittwochabend auf MAZ-Anfrage mit. Krämer wies bei der Gelegenheit die am Vortag von CDU-Fraktionschef Matthias Finken herausgegebene Erklärung zurück, das Bürgerbegehren verhindere „die Weiterentwicklung unserer Stadt“. Das Bürgerbegehren wende sich „vielmehr gegen die angebliche Alternativlosigkeit der Abrisspolitik und gibt den Bürgern die Möglichkeit, außerhalb von Wahlen ihre Stimme abzugeben“, so Krämer.

Thematisch flankiert wird das Bürgerbegehren am heutigen Donnerstag vom Stadt-Forum Potsdam, das sich in seiner 55. Sitzung ab 18 Uhr im Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, mit dem Thema „Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – Konflikte und Chancen“ befasst. Angekündigt ist neben einem Beitrag von Saskia Hüneke (Grüne) über „Potsdamer Erfahrungen im bürgerschaftlichen Engagement“, Referaten über die Werk-Stadt für Beteiligung und den Bürgerhaushalt auch ein Bericht zum „Beteiligungsverfahren Garnisonkirche/Plantage/Rechenzentrum“, das in Reaktion auf das jüngste, gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche gerichtete Bürgerbegehren eingeleitet wurde. V.O.

Forum zur wachsenden Stadt

Nach einer Phase der Stagnation nimmt die Einwohnerzahl Potsdams seit etwa 15 Jahren wieder zu. Die neuesten Zahlen zeigen, dass dieser Zuwachs stärker sein wird als bisher angenommen. Potsdam hat bereits Ende 2015 rund 167.500 Einwohner gehabt und damit deutlich mehr als noch vor drei Jahren für 2015 angenommen. Für 2030 wird von der Stadtverwaltung eine Einwohnerzahl von 192.000 Einwohnern, also ein Zuwachs von etwa 25.000 Einwohnern prognostiziert.

Damit ist ein in nahezu allen Bereichen steigender Ressourcen- und Flächenanspruch verbunden – darüber hinaus nehmen die Konkurrenzen zwischen den einzelnen Nutzungsarten zu und stellen die Stadt vor hohe Herausforderungen.

Im Stadt-Forum Potsdam werden diese Fragen mit Fachleuten aus Potsdam diskutiert, aber auch mit Experten aus anderen Kommunen, wo sich derartige Probleme ebenfalls stellen. Das Forum steht unter dem Titel „Wachsende Stadt, begrenzte Flächen“ und wird um 17 Uhr im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, eröffnet. Auch Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) nimmt daran teil.

PNN 7/7/2016

DER TAGESSPIEGEL 23/10/2016

Das Erbe auf dem Dach

Streit um Attika-Figuren auf der HU geht weiter

POTSDAM/BERLIN - Derzeit stehen sie noch auf dem Dach der Humboldt-Universität in Berlin. Und da sollen sie nach Meinung von Experten auch bleiben. Auf einem hochrangig besetzten Kolloquium an der HU sprachen sich praktisch alle Referenten gegen eine Rückkehr der Attika-Figuren zum Potsdamer Stadtschloss aus, auf dem sie bis zu dessen Sprengung 1959/60 gestanden hatten. Historische Baufragmente von einem Bauwerk zu entfernen, zerstöre immer die Einheit, sagte etwa Hans-Rudolf Maier von der Bauhaus-Universität Weimar. Seit 1967 zieren die Figuren das Dach der Humboldt-Uni, als Dauerleihgabe der Schlösserstiftung, die Eigentümerin der Skulpturen ist.

Die Aufstellung der Skulpturen nach der Zerstörung der Originale im Zweiten Weltkrieg sei weder eine Verlegenheits- noch eine Zwischenlösung gewesen, sagte Norbert Heuler vom Landesdenkmalamt Berlin. Heuler spielte damit auf eine Stellungnahme des Potsdamer Stadtkonservators Andreas Kalesse an, der eine Rückgabe der Figuren fordert und erklärt hatte, ihre Aufstellung in Berlin sei nur eine Notlösung gewesen und habe mit „ernsthafter Denkmalpflege nicht das Geringste zu tun“. Weder Kalesse noch ein anderer Vertreter der Stadtverwaltung waren jedoch eingeladen worden.

Hartmut Dorgerloh, Generaldirektor der Schlösserstiftung, warf die Frage auf, wie weit man es mit der Wiederherstellung der Potsdamer Mitte denn treiben wolle, und bekräftigte die Haltung der Stiftung, die Figuren sollten in Berlin bleiben.

Eberhard Taube von der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart, der die Figuren untersucht hat, sprach von einem beklagenswerten Zustand. Eine Restaurierung sei dringend geboten, bevor Einzelteile herunterfielen. Die Uni will nun schnell handeln.

Als einziger offizieller Vertreter aus Potsdam sprach sich Günter Schlusche für eine Rückgabe der Figuren aus. Es gehe nicht um den nostalgischen Wunsch nach einer Wiederherstellung des Historischen, sondern um die Wiedergewinnung des Stadtraums, der mit Landtag, Barbini und Altem Rathaus auch seinen Skulpturenschmuck zurückerhalten müsse, sagte der Chef des Stadtforums, in dem regelmäßig wichtige Fragen der Stadtentwicklung diskutiert werden.

Die Hürden scheinen allerdings fast unüberwindbar. Eine Rückgabe sei „für uns nicht denk- und verhandelbar“, sagte Kai Kappel, Inhaber des Lehrstuhls für Architekturgeschichte an der HU. Schon am Donnerstag dürfte die Diskussion wesentlich emotionaler werden. Dann findet die nächste Debatte des Stadtforums in Potsdam statt.

PEER STRAUBE



Streitobjekte. Potsdam fordert die Attika-Figuren zurück. Foto: M. Gambartini/dpa

Attikafiguren: Berliner wollen Dauerleihgaben nicht rausrücken

Humboldt-Uni und Schösserstiftung gegen Rückführung nach Potsdam – Stadtschlossarchitekt wütend

Von Ildiko Röd

Innenstadt. Adieu Attikafiguren? Die Hoffnung auf die Rückkehr der acht Skulpturen vom Dach der Berliner Humboldt-Universität auf den Potsdamer Landtag schwindet zusehends. Weder die Leihnehmerin der Skulpturen – sprich: die Humboldt-Uni – noch die Schösserstiftung als Leihgeberin sehen eine Veranlassung, das Berliner Exil der Dauerleihgaben zu beenden. Das machten die Präsidentin der Humboldt-Uni, Sabine Kunst, und der Generaldirektor der Schösserstiftung, Hartmut Dorgerloh, gestern bei einer teilweise adrenalingesättigten Diskussion des „Stadtforums Potsdam“ im vollen Saal des Treffpunkt Freizeit deutlich.

Kunst versteht die Figuren als „unverzichtbare Einschreibung der Nachkriegsgeschichte“. 1967 hatte man die friderizianischen Figuren auf dem Dach aufgestellt, um den teilweise zerstörten Skulpturenschmuck zu komplettieren. Dafür wurde mit der Vorgängerin der heutigen Schösserstiftung ein unbefristeter Leihvertrag geschlos-

sen. Kunst verwies darauf, dass 1975 das Gesamtensemble unter Schutz gestellt wurde – einschließlich der Figuren, weil diese als Zeugnis der bewegten Geschichte Berlins betrachtet wurden.

Auch Dorgerloh machte deutlich, dass eine Rückkehr nach Potsdam aus seiner Sicht nicht machbar ist. Der Grund: Nur der Leihnehmer könne den Vertrag kündigen. Die Stiftung wiederum könne nicht mit dem Argument kündigen, „dass wir einen anderen Leihgeber wollen“, so Dorgerloh. Bei der Humboldt-Uni handle es sich um ein eingetragenes Denkmal, während der Landtag nur eine Stadtschloss-Kopie sei. Mit diesem Argument hätten sich der Berliner Denkmalbeirat 2012 für einen Verbleib der Figuren in Berlin ausgesprochen.

Irgendwann platzte dem Stadtschloss-Architekten Peter Kulka Krage: „Grau ist alle Theorie“, schäumte er während der Diskussion. Und: Ich habe in Potsdam Demokratie gelernt, und gegen die Bevölkerung können sie keine Denkmalpflege machen.“ Gegenüber der MAZ sprach sich Kulka für

Zier des Stadtschlusses

Die Skulpturen wurden von den Bildhauern Johann Gottlieb Heymüller und Leonhard Storch Mitte des 18. Jahrhunderts geschaffen.

Sie wurden in der Regierungszeit Friedrichs II. auf das Dach des Stadtschlusses gesetzt. Viele Figuren wurden im Zweiten Weltkrieg sowie bei der Sprengung des Schlosses 1959/60 zerstört, die geretteten Skulpturen wurden später auf das Gelände der Schösserstiftung gebracht. Acht gingen 1966 als Leihgabe nach Berlin. ir



Ein antiker Krieger, auf einen Schild gestützt. FOTO: ARCHIV

eine Rückkehr jener Figuren aus, die straßenständig auf dem Stadtschloss standen: „Da sind sie wichtig, weil das öffentlicher Raum ist.“ Auch der frühere Vereinsvize des Stadtschlossvereins, Joachim Kuke, fand deutliche Worte: „Sämtliche Grundsätze der modernen wissenschaftlichen Denkmalpflege reden deutlich davon, dass die Zusammenführung von Originalteilen ausdrücklich Priorität hat.“

Mit aktiver Schützenhilfe von der Stadt kann man dabei wohl nicht rechnen. „Das geht an der Realität vorbei“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) über die Forderung von Bürgern, die Stadt möge für eine Rückführung sorgen. Über das Schicksal der Figuren könnten nur der Eigentümer des Gebäudes und der Eigentümer der Figuren befinden – „und beides ist nicht die Landeshauptstadt“, so Jakobs.

MAZ 5/11/2016

Attikafiguren: Jakobs ist kein Schutzpatron

Verein Mitteschön geißelt Tatenlosigkeit des Oberbürgermeisters bei der Rückführung der Skulpturen von Berlin nach Potsdam

Von Ildiko Röd

Innenstadt. Einen Tag nach der Absage der Humboldt-Universität und der Schösserstiftung, die acht Attikafiguren vom Dach der Humboldt-Universität nach Potsdam zurückzugeben, kocht die Empörung hoch: Im Kreuzfeuer der Kritik steht Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD). Ihm wird von der Bürgerinitiative Mitteschön mangelndes Engagement bei der Rückführung der Figuren auf den Landtag vorgeworfen. „Der Oberbürgermeister hebt die Hände und sagt, er kann nichts machen – ihm seien die Hände gebunden. Kein Sterbenswörtchen darüber, dass er es sich wünscht, dass die Figuren wieder an ihren altangestammten Platz kommen sollen“, so der Vorwurf der Initiative. „Dass die Stiftung und der OB hier mit ins gleiche Horn stoßen, empört uns im höchsten Maße. Wieder einmal wird bürgerliches Engagement mit den Füßen getreten.“

Bei einer Podiumsveranstaltung am Donnerstag im Treffpunkt Freizeit hatte Jakobs all jenen eine Absage erteilt, die sich eine Schützenhilfe der Stadt erhoffen. Über das Schicksal der Dauerleihgaben könnten nur der Eigentümer der Humboldt-Universität und die Schösserstiftung als Eigentümerin der Figuren befinden – „und beides ist nicht die Landeshauptstadt“, machte der Rathaus-Chef deutlich.

Mitteschön will diese Sicht nicht gelten lassen und erinnert den Oberbürgermeister an einen Stadtverordnetenbeschluss zu genau diesem Thema: „War da nicht ein Wille und ein fester Auftrag vom Stadtparlament?“, fragt Sprecherin Barbara Kuster. Tatsächlich beschlossen die Stadtverordneten 2013 einen gemeinsam von CDU und SPD eingebrachten Antrag mit folgendem Wortlaut: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der Landesregierung Berlin und dem Landtag Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Attikafiguren, die sich gegenwärtig auf der Humboldt-Universität befinden, an ihren ursprünglichen Platz auf dem Stadtschlossneubau zurückzuführen.“

Stadtsprecher Stefan Schulz hielt gestern dagegen, es habe sehr wohl Vorstöße gegeben: „Der Oberbürgermeister hat durchaus Gespräche geführt, aber die Berliner haben sich hartleibig gezeigt.“

Beistand bekam Jakobs nach seinen Äußerungen im Treffpunkt Freizeit zudem gestern von Linken-Fraktionschef Hans-Jürgen Scharrer. Dieser will seiner Fraktion



Acht Figuren vom Potsdamer Stadtschloss stehen seit 50 Jahren auf der Berliner Humboldt-Universität.

FOTO: DPA

Anzeige

ERNST VON BERGMANN KLINIKUM

Natürlich in Sicherheit

Informationen für werdende Eltern: Mi, 09.11.16, 19 Uhr | So, 27.11.16, 15 Uhr
Jeden 2. Mi, 19 Uhr und jeden letzten So, 15 Uhr im Monat | Raum F113

Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe Perinatalzentrum Level I
www.geburtpotsdam.de • Tel. 0331. 241 - 5602 Kreißelsaal - 5651

„Zusammenführung von Originalteilen hat Priorität“

Das Stadtschloss bekrönte ein Zyklus von 76 Sandsteinfiguren, Liebespaare der antiken Mythologie. Viele überstanden rußgeschwärzt die Kriegsbomben. Etliche wurden vor der Sprengung der Schlossruine 1960 abgenommen.

Acht von ihnen wurden 1966 von der Schösserverwaltung an die Berliner Humboldt-Universität ausgeliehen, um den teilweise zerstörten Skulpturenschmuck zu komplettieren. Dafür wurde ein unbefristeter Leihvertrag ge-

schlossen. Dieser sei jederzeit kündbar, argumentieren Befürworter der Rückführung. Die Schösserstiftung sagt hingegen, dass der Vertrag nur von der Humboldt-Uni gekündigt werden kann.

Kunsthistoriker Joachim Kuke zitierte am Donnerstag im Treffpunkt Freizeit die Grundsätze der weltweit und völkerrechtlich bindenden Charta von Venedig (1964): Darin heißt es, dass die Zusammenführung von Originalteilen ausdrücklich Priorität habe.

vorschlagen, in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember einen Antrag auf Aufhebung des Beschlusses von 2013 zu stellen: „Damit Herr Jakobs wieder ruhig schlafen kann“, so Scharfenbergs süsssantener Nachsatz. Im Streit um die Attikafiguren sieht er Potsdam mit schlechten Karten: „Ich gehe davon aus, dass die Figuren nicht mehr zurückkommen.“ Deshalb plädiert

der Linken-Politiker für neue Lösungswege: Als Ersatz für die landesfernen Leihgaben sollten moderne Figuren geschaffen werden, die einen inhaltlichen Bezug zur Parlamentsarbeit haben. Damit greift Scharfenberg einen Vorschlag des Kunsthistorikers Kai Kappel von der Humboldt-Universität auf. Kappel hatte eine solche Ersatzlösung am Donnerstag auf

dem Podium im Treffpunkt Freizeit angeregt.

Steeven Bretz, Generalsekretär der Brandenburger CDU und Kreischef in der Landeshauptstadt, will sich hingegen mit dem Dauer-Exil der acht Attikafiguren nicht abfinden. Er hat eine Kleine Anfrage zu dem Thema gestellt, doch „aus der Antwort der Landesregierung spricht eine enttäuschende

Kultur der Gleichgültigkeit“, empört sich Bretz. Seine Forderung: „Die Schösserstiftung als Eigentümerin der Attika-Figuren und die drei Mitglieder der Landesregierung im Stiftungsrat – zwei mit SPD-Parteibuch, eine mit Linken-Parteibuch – sollten sich endlich für die Rückkehr einsetzen und Berlin klarmachen, dass die Figuren nach Potsdam gehören.“